

hayekforum

magazin für die freiheit

Der Liberalismus als Daueraufgabe

Prof. Dr. Stefan Kooths

Pluralismus: kein Luxus, sondern Pflicht

Dr. Wolfgang Herles

Rettung
Freiheit



IMPRESSUM:

hayekforum

Herausgegeben der
Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e.V.
Albrechtstraße 11
D 10117 Berlin

Redaktion:
Nickolas Emrich (V. i. S. d. P.)
Johannes Koberstein
Ralf M. Ruthardt

Layout & Gestaltung: Ralf M. Ruthardt

Redaktionsanschrift:

Hayek-Gesellschaft
Albrechtstraße 11
D 10117 Berlin
Kontakt: magazin@hayek.de
<https://hayek.de>

© Hayek-Gesellschaft | 01.08.2025

Diese Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Vervielfältigungen bedürfen der schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

Die Rechte an Fotografien, Gemälden, Grafiken und Illustrationen liegen, soweit nicht anders gekennzeichnet, bei den genannten Personen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben ausdrücklich nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Hayek-Gesellschaft wieder.



Hier kostenlos die Online-Ausgabe (PDF) des Magazins abonnieren: <https://hayek.de>

Inhalt

EDITORIAL 4

Prof. Dr. Stefan Kooths

Hayek denken heißt, Verantwortung leben 6

Prof. Dr. Gerd Habermann

Rubrik: 10

Hayek Clubs!

Moderation: Christian Langer

Freiheit in Gefahr 14

Katja Adler

Kolumne: 22

„Hayek und mehr ...“

Jeder ist Unternehmer seines Lebens

Prof. Dr. Gerd Habermann

Der Liberalismus als Daueraufgabe 28

Prof. Dr. Stefan Kooths

Rubrik: Das Buch 38

„Die Ära Milei“

Rezension von Christian Langer

Wege zur Freiheit? 42

Nickolas Emrich

Liberale Renaissance 46

Thomas L. Kemmerich

Pluralismus ist kein Luxus, sondern Pflicht 54

Dr. Wolfgang Herles

Kolumne:

Gedankensprung 60

Ralf M. Ruthardt

Fotokolumne:

Perspektivenwechsel 62

■ EDITORIAL



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Freiheit ist kein Selbstläufer. Sie ist weder ein Geschenk des Staates noch eine bloße historische Fußnote. Sie ist ein unermüdlich zu verteidigender Zustand, der auf Verantwortung, Vernunft und der Achtung individueller Selbstbestimmung beruht.

Die Österreichische Schule der Nationalökonomie, zu deren bedeutendsten Vertretern Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek zählen, hat wie keine andere Strömung den Kern dieser Freiheit herausgearbeitet: die untrennbare Verbindung von ökonomischer und individueller Freiheit. Nur in einem System freier Preise, freiwilligen Austauschs und eigenverantwortlichen Handelns kann sich das schöpferische Potenzial des Einzelnen entfalten – und damit letztlich Wohlstand und Fortschritt für alle ermöglichen.

Mit dem neuen Magazin **hayek**forum eröffnen wir einen Ort für Debatten, Analysen und für pointierte Beiträge, die den Geist dieser Tradition in die Gegenwart und Zukunft tragen. Unser Anspruch ist es, kein elitäres Fachblatt für Insider zu sein, sondern ein Forum für alle, die sich für die Grundlagen einer freien Gesellschaft interessieren und die Freiheit mit neuen Ideen verteidigen. Für alle, die ihre Unabhängigkeit keiner komfortablen Stallfütterung opfern wollen. Und für alle, die in den bürgerlichen Grundrechten ein unverhandelbares Bollwerk gegen einen übergriffigen Staat sehen.

Das **hayek**forum möchte Brücken bauen zwischen Theorie und Praxis, zwischen wissenschaftlicher Reflexion und gesellschaftspolitischer Wirkung. Gerade in Zeiten, in denen Freiheit oft als verhandelbare Größe

betrachtet wird, braucht es eine Stimme, die an die Grundlagen erinnert.

Die Hayek-Gesellschaft hat sich seit jeher dem Schutz und der Verteidigung der Freiheit verschrieben. Doch Freiheit lebt nicht von Sonntagsreden, sondern von Engagement und sichtbarem Wirken. Unsere Gesellschaft braucht heute mehr denn je lebendige, wirksame und mutige Verteidiger des Liberalismus. Das **hayek**forum ist ein Schritt, diese Belebung konkret und greifbar zu machen: durch die Stärkung des innergesellschaftlichen Diskurses, durch das Teilen fundierter Argumente und durch die Einladung an alle, sich einzubringen. Wir rufen dazu auf, die Ideen der Freiheit nicht nur zu denken, sondern auch zu leben.

In diesem Sinne lade ich Sie herzlich ein, das **hayek**forum als Ihr Forum zu betrachten: als Denkraum, als Impulsgeber, als Aufforderung zur aktiven Mitgestaltung. Die Freiheit braucht uns – jetzt mehr denn je.

Herzlichst Ihr

Prof. Dr. Stefan Kooths

Vorsitzender des Vorstands

der Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e.V.



Hayek denken heißt, Verantwortung leben

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Prof. Dr. Gerd Habermann

Die *Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e.V.* steht für den klassischen Liberalismus und für die Freiheit. Damit ist, so liest man auf der Internetseite der HAYEK-Gesellschaft, eine Gesellschaftsordnung gemeint, die „individuelle Freiheit schützt und der Kraft der Ideen Raum gibt. Sie agiert überparteilich und wendet sich an Meinungsführer in Wissenschaft, Publizistik und Unternehmerschaft. Mit vielfältigen Bildungsangeboten trägt sie die klassisch-liberale Sozialphilosophie im Geiste ihres Namenspatrons insbesondere an die junge Generation weiter.“ Der allgemeinen Öffentlichkeit, so scheint es Ralf M. Ruthardt, sind die HAYEK-Gesellschaft und die Argumente der sogenannten Österreichischen Schule zu wenig bekannt. Hier das Gespräch mit Prof. Dr. Gerd Habermann, das Ende März 2025 geführt wurde.

Ralf M. Ruthardt | Lieber Herr Prof. Dr. Gerd Habermann, danke für Ihre Zeit. – Wenn man über die HAYEK-Gesellschaft etwas erfahren möchte, dann ist man bei Ihnen als Initiator offensichtlich in besten Händen. Lassen Sie uns bitte zunächst verstehen, was Sie mit der Österreichischen Schule verbindet.

Gerd Habermann | Schon in der Schulzeit wurde ich über Zeitungsartikel auf Hayek und besonders auch Wilhelm Röpke aufmerksam. Während der neomarxistischen Studentenrevolte in den 60ern und 70ern des vergangenen Jahrhunderts gab mir dann die Österreichische Schule von Menger über Böhm-Bawerk, dann Mises und Hayek das geistige Rüstzeug zum Streit mit den aggressiven Studenten. Auch sprach mich der (methodisch) individualistisch-verstehende Ansatz an – gegen die realitätsfernen makroökonomischen Modelle des damals bis heute grassierenden Keynesianismus.

Ralf M. Ruthardt | In der Beschäftigung mit der HAYEK-Gesellschaft hat sich mir der Eindruck aufgedrängt, dass diese sich eher als eine elitäre oder wissenschaftsnahe Einrichtung versteht. Was möchte die HAYEK-Gesellschaft sein?

Gerd Habermann | Wir sind eine Gesellschaft zur Förderung liberaler Wissenschaft und Bildung, namentlich von Jugendbildung.

Zwar sind wir für jedermann grundsätzlich offen, wenden uns aber vor allem an Publizisten, Wissenschaftler, Unternehmer und vielversprechende junge Leute. Darüber verbreiten wir unsere Botschaften, über „opinion leaders“ also. Wir sind keine Massenbewegung, keine Agitprop-Truppe, natürlich sind wir auch überparteilich. „Elitär“ insoweit; meinetwegen.

Ralf M. Ruthardt | In den vergangenen Jahren sind liberale oder liberal-konservative Argumente nicht unbedingt im Zentrum medialer Berichterstattung gestanden und keinesfalls als Leitlinie politischen Handelns in Deutschland wahrnehmbar gewesen. Was bedeutet dies konkret für die HAYEK-Gesellschaft? Wie erlebt man dort das Agieren von Medien und Politik?

Gerd Habermann | Die Hayek-Gesellschaft wurde (1999) ja eben gegründet, weil die Lage so war und ist, wie Sie sie beschreiben. Inzwischen hat sie sich weiter „destruktivistisch“ (Mises) zugespitzt. Immerhin gibt es Gegenbewegungen, die in einigen Ländern sogar durchdringen (jüngst Milei in Argentinien). An der ökonomischen und sozialen Freiheit hängt das Überleben unserer Zivilisation. Durch die Verschlechterung unserer Lebensverhältnisse wird dies bald allgemein offenkundig werden, durch „pathologisches Lernen“, Lernen durch Leiden eben. Wir zeigen

die ordnungspolitischen Alternativen zum Destruktionismus, besonders Egalitarismus, den „Weg aus der Knechtschaft“.

Ralf M. Ruthardt | Wenn man Rechercheplattformen nutzt, dann wird über die eine und andere Streitigkeit innerhalb der HAYEK-Gesellschaft berichtet. So titelte der SPIEGEL am 31. Januar 2021 „AfD-Streit zerreißt liberale Hayek-Gesellschaft“. Wie sehr wirken die vergangenen Jahre noch nach? Hat man sich neu sortiert? Wie präsentiert sich und wie wirkt die HAYEK-Gesellschaft in 2025?

Gerd Habermann | Ja, man wollte und will uns in die „rechte Ecke“ drängen. Wenn „Rechts“ Freiheit, Eigentum, Wettbewerb und Unternehmertum bedeutet, lassen wir uns das gern gefallen. Parteipolitisch sind wir nicht fixiert. Wir freuen uns über freiheitliche Elemente in allen Parteien. Eine echte Freiheitspartei haben wir in Deutschland derzeit nicht, von libertären Splittergruppen abgesehen.

Ralf M. Ruthardt | Welche zentralen Erkenntnisse oder Leitlinien lassen sich heute aus der sterreichischen Schule für die Politik in Deutschland ableiten? Haben Sie zwei, drei konkrete Beispiele für Hayek'sche Argumente beziehungsweise Impulse?

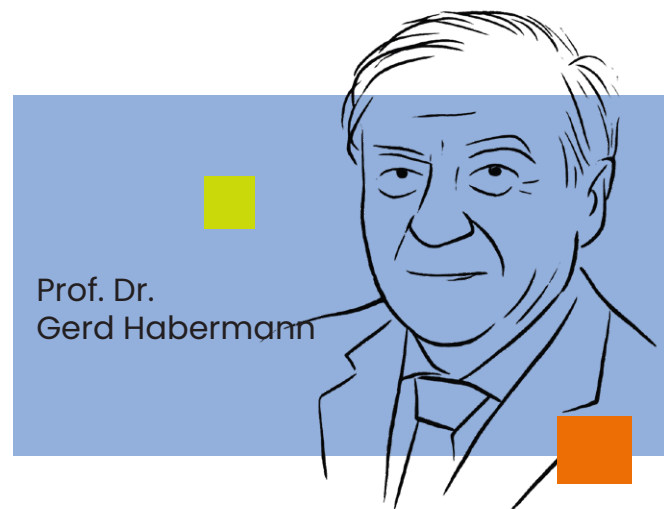
Gerd Habermann | Vor allem: dass bürokratischer Interventionismus als „Anmaßung von Wissen“ in die Sackgasse, in Armut und sozialen Niedergang fhrt, ja führen muss. Das wird ja nun immer offenkundiger. Mittelfristig bin ich optimistisch. Kurzfristig wird es steil bergab gehen.

Ralf M. Ruthardt | Die Zeiten sind nunmehr für die Mittelschicht erlebbar wirtschaftlich schwieriger geworden und die geostrategischen Verwerfungen können – trotz des Rückzugs vieler Menschen ins Private – von uns als Gesellschaft kaum mehr ignoriert

werden. Erwarten Sie vor diesem Hintergrund, dass die Leute sich vermehrt politisch einbringen? Welche Plattformen bietet die HAYEK-Gesellschaft, auf denen sich Menschen austauschen oder einbringen können?

Gerd Habermann | Es geht vor allem um die „richtigen“, lebensfreundlichen Ideen. Wir verbreiten sie in Seminaren, etwa 40 regionalen Clubs, öffentlichen Veranstaltungen wie den Hayek-Tagen und dem „Forum Freiheit“ und auch über soziale Medien, individuellen Podcasts, über die private „Influencer“-Arbeit jedes unserer Mitglieder. Wir haben etliche vorzügliche Streiter, die jeder für sich das Wichtige tun, die als Publizisten und Wissenschaftler – jeder ein Thinktank für sich – unsere Ideen verbreiten, und wir haben einflussreiche Verbündete.

Ralf M. Ruthardt | Danke für die Einblicke und Ihnen alles Gute!



Prof. Dr.
Gerd Habermann

Hinweis: Das Interview ist erstmals im Magazin *MITMENSCHENREDEN* in der Ausgabe 03/2025 vom Juli 2025 erschienen. Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung zur Zweitveröffentlichung.

Hayek
Tage 2025

24. und 25. Oktober 2025
in Weimar

Vorträge Diskussionen

Wie freiheitlich ist Deutschland noch?

Freiheit oder Gleichheit: Der Kern der Revolution

Welche Demokratie: Angriff auf den Rechtsstaat

Wirtschaftswunder Argentinien: Mileis Anlauf und Erfolg

Quo Vadis Donald Trump: Zollkampf oder Freihandel?

www.hayek.de

HAYEK

Die Clubs!



Impressionen & Statements

In dieser Rubrik geht es um Berichte über die Aktivitäten der regionalen HAYEK-Clubs. Hier ein programmatisches Statement von Christian Langer, dem Bundesclubobmann der Hayek-Clubs, zur zentralen Rolle der regionalen Clubs als Wurzeln freiheitlicher Bildungsarbeit. Sie tragen Hayeks Ideen in die Fläche – und sichern die Zukunft der Gesellschaft.

Die Hayek-Gesellschaft mit ihrem Büro in Berlin versteht sich als übergeordnetes Netzwerk zur Förderung freiheitlicher Ideen im Sinne Friedrich August von Hayeks. Doch ihre eigentliche Stärke entfaltet sich dort, wo gesellschaftlicher Wandel beginnt: in der Fläche, in den Regionen – durch die Arbeit der ca. rund 40 regionalen Hayek-Clubs in ganz Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Diese Clubs leisten Basisarbeit. Sie sorgen für eine flächendeckende Präsenz der Ideen Hayeks und ermöglichen es, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Themen nicht nur auf Bundesebene, sondern auch im lokalen Kontext zu diskutieren. Während die Hayek-Gesellschaft Leitlinien vorgibt, setzen die Clubs diese vor Ort um – dort, wo politische Meinungsbildung tatsächlich stattfindet.

Wurzeln der Freiheit: Die Bedeutung regionaler Hayek-Clubs für Gesellschaft und Zukunft

Ein besonderer Vorteil liegt im niedrighschwelligen Zugang: Regionale Veranstaltungen bieten interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, ohne große Hürden – sei es durch lange Anreisen oder hohe Kosten – an hochwertigen Vorträgen, Diskussionen und Netzwerken teilzunehmen. Gerade junge Menschen oder neue Mitglieder finden oft über die Clubs ihren ersten Kontakt zur Hayek-Gemeinde. Ohne diese Einstiegsmöglichkeiten bliebe der Gesell-

schaft ein großer Teil potenzieller Talente und Mitstreiter verborgen.

Die Clubs sind damit nicht nur Orte des Austauschs, sondern auch Keimzellen für Nachwuchsgewinnung und Talentförderung. Viele engagierte Teilnehmer regionaler Veranstaltungen entwickeln ein tieferes Interesse an den Kernthemen der Hayek-Gesellschaft und bringen sich später auf Bundesebene ein – etwa in Juniorenkreisen oder bei Essay-Wettbewerben.

Ein weiterer Vorteil: Die Vielfalt der Veranstaltungen in den Clubs spricht unterschiedliche Zielgruppen an – auch solche, die sich auf zentralen Veranstaltungen wie den Hayek-Tagen oder dem Forum Freiheit nicht unbedingt wiederfinden würden. So entsteht ein Multiplikator-Effekt, der die inhaltliche Breite und gesellschaftliche Relevanz der Hayek-Gesellschaft stärkt.

Auch die Bundesveranstaltungen selbst profitieren von dieser Basisarbeit. Viele Teilnehmer der großen Events kommen aus den regionalen Strukturen. Ohne die Clubs wäre die Reichweite der Hayek-Gesellschaft deutlich begrenzter. Sie sorgen dafür, dass freiheitliche Ideen nicht nur in einem kleinen Kreis diskutiert, sondern in die Breite der Gesellschaft getragen werden.

Nicht zuletzt schaffen die Clubs langfristige Stabilität. Die regionale Verankerung fördert eine emotionale Bindung der Mitglieder. Wer sich regelmäßig in seinem Club engagiert, bleibt oft auch der übergeordneten Organisation treu. Während große Ideen oder



Institutionen oft nur kurzfristige Begeisterung auslösen, halten Menschen an lokalen Netzwerken und Freundschaften fest – wie sie in den Hayek-Clubs entstehen.

Fazit:

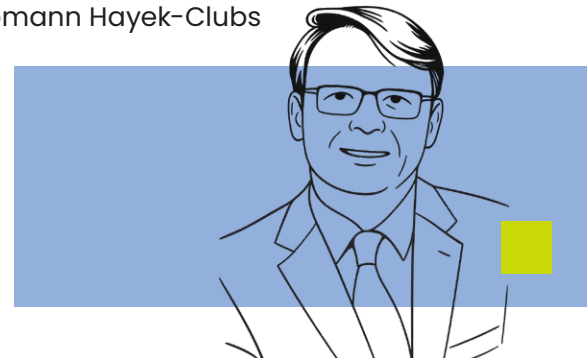
Die regionalen Hayek-Clubs sind weit mehr als nur Satelliten der Hayek-Gesellschaft. Sie sind lebendige Netzwerke, die freiheitliches Denken in die Gesellschaft tragen, Talente fördern und langfristige Bindung schaffen. Sie sind selbständige, teils informelle private Vereine mit finanzieller Eigenverantwortung – und doch unverzichtbar für die Wirkung und Zukunft der Hayek-Gesellschaft.

Oder, um es bildlich zu sagen:

„Ohne die regionalen Clubs wäre unser Think-Tank wie ein Baum ohne Wurzeln – die Ideen blieben abstrakt, die Reichweite begrenzt, und der Nachwuchs würde fehlen. Wenn wir wirklich etwas verändern wollen, sollten wir die Basisarbeit der Clubs weiter stärken.“

Christian Langer

Bundesclubobmann Hayek-Clubs



MIT DABEI SEIN!

Hier eine Auswahl von Hayek-Clubs. Die jeweils aktuelle Übersicht finden Sie auf der Internetseite des Hayek-Gesellschaft:

<https://hayek.de/hayek-clubs/>

Augsburg

Bodensee

Köln

Emden

Wiesbaden

Bamberg/Nürnberg

Berlin

Düsseldorf

Goslar

Dresden

Hamburg

Halle/Saale

Hannover

Braunschweig



Der Hayek Club Koblenz wurde im Sommer 2024 gegründet. Er ist ein Gesprächskreis für liberträr-ökonomisch denkende Menschen aus

der Region Koblenz. Der freie Club versteht sich als Plattform für den Austausch über freiheitliche, unternehmerische und gesellschaftspolitische Themen im Geiste des Ökonomen Friedrich August von Hayek. Mittlerweile hat der Club 60 Mitglieder.

Um diese zu erreichen, wurden zum Start regionale Akteure, bei denen libertäres Denken vermutet wurde, mit einem hochwertigen Brief eingeladen. Das schnelle Wachstum ergab sich über persönliche Weiterempfehlungen. Der Club erhebt keine Beiträge und ist ausschließlich spendenfinanziert. Er betreibt einen eigenen Youtube-Kanal.

Herzstück des Hayek Club Koblenz sind regelmäßige Vortragsabende, zu denen namhafte Referentinnen und Referenten eingeladen werden. Nach einem Impulsreferat folgt stets eine offene Diskussion. Themen sind aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen, politische Freiheit sowie kritisch-liberale Perspektiven auf das Zeitgeschehen.

Hier einige Impressionen unserer bisherigen Vortragsveranstaltungen:

Carlos A. Gebauer sprach zu „Mit Marx in der Notaufnahme“. Zum Thema „Wie spiegelt sich die aktuelle Politik in Zahlen wider?“ hat Dr. Stefan Weller referiert. Dr. Gunter Frank hat zu „Die Corona-Affäre und ihre Auswirkungen“ gesprochen. Zusätzlich zu den Vorträgen finden regelmäßige Treffen bei einem gemeinsamen Essen statt.

Sie sind willkommen!

Prof. Götz Piwinger
Leiter des Clubs Koblenz

Email: kontakt@hayek-club-koblenz.de
<https://hayek-club-koblenz.de/>



IN GEFAHR

FREI

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Katja Adler

Die FDP ist nach der Bundestagswahl 2025 nicht mehr im Parlament vertreten – und mit Ihr Katja Adler. Viele Menschen stellen die Frage, liberaler Argumente zukünftig überhaupt noch im politischen Berlin gehört werden. Und es stellt sich die Frage, wohin die Diskussionen um Brandmauern und um die Ansichten und Anliegen der Wählerinnen und Wähler in Ostdeutschland führen.

Ralf M. Ruthardt | Es ist ein Buch, das in den vergangenen Monaten an Aktualität gewonnen hat: „Rolle rückwärts DDR? – Wie unsere Freiheit in Gefahr gerät.“ In Ihren Erinnerungen, Katja Adler, nehmen Sie Leserinnen und Leser mit in Ihre ostdeutsche Sozialisierung. Sie haben bis Februar 2025 für die FDP im Bundestag viele Eindrücke und Erkenntnisse mitgenommen.

Mit Ihrem Buch geben Sie ein Statement für die Freiheit und Selbstbestimmung und reflektieren den Wert und die Bedeutung von Freiheit an der DDR. Dabei machen Sie keine gewagten historischen Vergleiche auf, sondern Sie reden von Erfahrungswelten und leiten daraus etwas ab. Was ist Ihnen Ihre Freiheit wert, von der Sie in Ihrem Buch sprechen?

Katja Adler | Sehr, sehr viel. Ohne Freiheit ist alles nichts. Beginnen wir mit dem Gegensatz von Freiheit. Unfreiheit bedeutet, ich kann nicht selbst entscheiden und ich darf womöglich auch nicht frei über das reden, was ich denke.

Im Buch mache ich es deutlich, was Unfreiheit im Alltag bedeutet. Das fängt bei der freien Berufswahl an. Es geht weiter mit Reisefreiheit und es gipfelt darin, dass man – weil eine bestimmte Haltung von staatlicher Seite erwartet wurde – weder den freien Diskurs hatte, noch seine Meinung ohne Sorge vor Konsequenzen geäußert hat. Ich komme dann sehr schnell zu dem Punkt, dass ich sage, Freiheit ist für mich und für mein Leben alles, was zählt.

In einer Demokratie sind solche Freiheiten essentiell. Es ist eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie, dass wir frei sind. Das ist einer der Gründe, warum ich dieses Buch geschrieben habe. Weil ich nämlich das Gefühl habe, dass einem großen Teil der Gesellschaft die Freiheit als Wert gar nicht mehr so bewusst ist. Sie ist für viele Menschen – insbesondere in den sogenannten alten Bundesländern – selbstverständlich geworden. So selbstverständlich, dass es die Nachbetrachtung der Corona-Pandemie bedarf, um festzustellen, wie schnell Menschen die Restriktionen akzeptiert haben.

*Ohne Freiheit
ist alles nichts.*

Ralf M. Ruthardt | Es hat in der Zeit der Pandemie weitgehend das Hinterfragen gefehlt. Das Einfordern der Würdigung neuer Erkenntnisse. Der ehrliche Umgang mit bekannten und unbekannten Faktoren. Medien sind mit der Politik mitmarschiert und haben sich – womöglich bis heute – von diesem Unterstützergeist in zu weiten Teilen nicht erholt. Aber gehen wir zurück zur Pandemie und der Frage nach Freiheit.

Katja Adler | Nicht mehr rausgehen zu dürfen, also die Ausgangssperren oder für Kinder die Regelung, nur ein weiteres befreundetes Kind treffen zu dürfen. Die Kinder haben zeitweise

jegliche Freiheit und ihr Recht auf Freizeit und Spiel – was im Übrigen ein Kinderrecht ist – komplett verloren.

Wie schnell solche und andere Rechte abgesprochen werden können und wie schnell Freiheit massiv eingeschränkt werden kann, hat mich erschüttert. Und das unter dem Deckmantel des Schutzes der Gesundheit.

Ralf M. Ruthardt | Wir teilen diese Erschütterung. Vor allem vor dem Hintergrund, dass sehr wohl im Verlauf der Pandemie Erkenntnisse für die Politik verfügbar gewesen sind, die solch massive Freiheitseinschränkungen weder notwendig gemacht haben, noch diese im Nachgang rechtfertigen.

Eine persönliche Anmerkung: Im Nachhinein betrachtet bin ich meiner Verantwortung mir selbst gegenüber nicht gerecht geworden. Alles sträubte sich, weil ich mich nicht glaubhaft informiert gesehen habe. Die Diktate von Verhaltensmaßnahmen waren – insbesondere im Verlauf der Pandemie – oftmals weder vernünftig erklärbar, noch würdigten Politik und Medien den fachlichen Widerspruch und Gegenargumente.

Nun, lassen Sie uns beim Begriff „Freiheit“ bleiben, ohne dass wir hier eine wissenschaftliche Abhandlung anstreben. Es ist doch so, dass der Erhalt von Freiheit erfordert, zu merken, wenn sie einem genommen wird. Können wir hier von Wachsamkeit und Achtsamkeit sprechen? Ist einem Großteil der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, womöglich ob eines weitgehenden Wohlstands, diese Achtsamkeit abhandengekommen?

Katja Adler | Wenn man Freiheit hat, dann ist es selbstverständlich. Ich entscheide mich, was ich für einen Beruf lerne oder welches Fach ich studiere. Ich entscheide mich, wo ich in den nächsten Urlaub hinfahre und

so weiter. Das und noch viel mehr ist total selbstverständlich.

Wenn es einem jedoch genommen wird, wird man darauf gestoßen, wie wertvoll diese Freiheit gewesen ist. Möglicherweise ist das auch der Grund, warum viele Ostdeutsche viel sensibler darauf reagieren, wenn Freiheit genommen wird. Ich sehe das bei mir: Zwar war ich erst 15 Jahre alt, als die Wende kam. Trotzdem kann ich mich sehr gut daran erinnern, was mir als Kind und Jugendliche an Freiheiten in der DDR gefehlt hat. Ja, ich durfte Abitur machen, aber nur unter der Voraussetzung, dass ich dann Lehrer geworden wäre. Mir wurde eben nicht zugestanden, frei entscheiden zu können, welchen Beruf ich später ausüben möchte. Der Staat hatte in einer Vielzahl von Lebensbereichen ein Diktat ausgeübt.

Diese Sensibilität, wie bedeutsam Freiheit und Selbstbestimmung sind, die vermisste ich zuweilen bei dem einen oder anderen Westdeutschen.

Ralf M. Ruthardt | ... und wir Westdeutschen dürfen uns die Frage stellen, ob wir diese Sensibilität unserer ostdeutschen Landsleute ausreichend würdigen und wertschätzen. Es ist quasi geradezu ein Schutz für die uns womöglich fehlende Sensibilisierung in dieser Frage.

Lassen Sie uns, bevor wir zum Thema Verantwortung kommen, bei der Achtsamkeit bleiben und dazu klammern wir mal kurz die Corona-Pandemie bewusst aus. Worauf sollten wir heute unsere Achtsamkeit lenken, was unsere Freiheit angeht? Haben Sie ein, zwei Beispiele für Entwicklungen, die auf einen offenkundigen oder schleichenden Entzug von Freiheit schließen lassen?

Katja Adler | Das geht bei Fragen der Ernährung bereits los. Wir erinnern uns an den

Bürgerrat und das Thema einer gesunden Ernährung. Nehmen wir den „Veggie day“: Da wird dann quasi verordnet, dass wir jetzt mal alle an einem Tag kein Fleisch essen. Es wird dir als gebildeter, erwachsener Bürger die Entscheidung abgenommen, dann Fleisch zu essen, wenn du es für richtig ansiehst. Wieso sorgt man nicht für eine gute Aufklärung und für eine gute Bildung? Man soll die Voraussetzung schaffen, dass der Mensch seine eigene Entscheidung treffen kann. Das ist die Aufgabe des Staates.

Sie haben nach zwei Beispielen gefragt. Hier das Zweite: Ich habe oft lange Strecken zu fahren. Da ist für mich ein Elektroauto ungeeignet. Also entscheide ich mich nicht dafür – und muss mir ständig auf die Nase binden lassen, dass das jetzt aber nicht gut für die Umwelt sei. Dabei orientieren sich viele Leute womöglich nur an einer Haltungsfrage und haben sich mit der Faktenlage nie angemessen beschäftigt.

Ralf M. Ruthardt | Ein Elektroauto ist nicht unbedingt umweltfreundlicher als ein Fahrzeug mit einer modernen Dieseltechnologie. Denn beim Vergleich muss man den gesamten Zyklus anschauen.

Lassen Sie uns einen Gedankensprung machen: Wir erinnern uns an ein milde auf uns Menschen herabblickendes Konterfei vor grünem Hintergrund. Man könnte das Empfinden haben, dass ein wegweisender Politiker zur richtigen Haltung mahnt. Ja, milde mahnt. Lassen Sie mich die Frage herausgreifen, ob beispielsweise die grüne Klimabewegte Szene – ich grenze hier bewusst zu grün-ökologisch orientierten Leuten ab – sozialistischen Prinzipien folgt?

Katja Adler | Das kann sein und das könnte man auch mit Fakten hinterlegen und in meinem Buch bin ich darauf eingegangen. Wenn man sich überlegt, wie Bündnis 90/DIE GRÜ-

NEN sich zusammensetzen, dann erschließen sich wichtige Zusammenhänge. In der ehemaligen DDR ist das Bündnis 90 entstanden. Diese Leute waren gegen die Diktatur des DDR-Staates, aber gleichwohl für eine Reform des Sozialismus.

Bündnis90 war in der DDR für eine Reform des Sozialismus

Ralf M. Ruthardt | Jetzt, wo Sie es erwähnen, kommt es wieder ins Bewusstsein. Ein interessanter Aspekt, der das begründet und erschließt, was bis vor wenigen Minuten noch ein vager Eindruck gewesen ist.

Katja Adler | Bündnis 90 wollte einen demokratischen Sozialismus etablieren. Und diese Leute von Bündnis 90 haben mit DIE GRÜNEN fusioniert. Auf die Differenzierung zwischen den Grünen aus dem Osten und den Westgrünen wollen wir jetzt nicht eingehen. Es sei angemerkt, dass es dort wesentliche Unterschiede in den Positionen gegeben hat. Jedenfalls sind meiner Kenntnis nach die Westgrünen in eine eher autoritäre politische Richtung gelaufen. Nun, die haben jetzt mit Bündnis 90 fusioniert. Das erklärt viel und daher meine ich sehr wohl, dass von einer sozialistischen Grundideologie auszugehen ist.

Wenn man ins aktuelle Wahlprogramm schaut, erkennt man da weiterhin wesentliche Elemente eines Sozialismus. Nehmen wir die Vergemeinschaftung von Eigentum oder das Demokratiefördergesetz. Oder nehmen Sie zum Beispiel die Krankenhausfinanzierung; da geht es immer um Gemeinnützigkeit.

DIE GRÜNEN haben ein ganz anderes Grundverständnis vom Bürger als zum Beispiel die Liberalen. Ich sehe, dass DIE GRÜNEN glauben, uns Menschen sagen zu müssen, was wir zu tun haben, weil das in deren Wahrnehmung alleine nicht hinbekommen. Im Prinzip wollen DIE GRÜNEN so etwas sein wie Erziehungsbeauftragte. Mama und Papa sagen dem Kind, was richtig und was gut ist und was es zu tun hat. Dabei sind wir erwachsene, selbstbestimmte Menschen und wir sollten es selbst entscheiden können und dürfen – und ja, bei genauer Betrachtung auch müssen.

DIE GRÜNEN haben ein ganz anderes Grundverständnis vom Bürger

Ralf M. Ruthardt | Und an dieser Stelle kommen wir auf die Verantwortung zu sprechen. Wer in Freiheit leben will, der muss auch Verantwortung übernehmen. Man ist frei in vielfältigen Entscheidungen und die Konsequenzen daraus, die muss man dann natürlich auch verantworten.

Katja Adler | Genau.

Ralf M. Ruthardt | Kann man sagen, dass es Parteien mit sozialistischem Profil einfacher haben, ihre Botschaften und Überzeugungen der breiten Masse zu vermitteln, als liberale Parteien? Sind Liberale an Argumenten und am Diskurs orientiert, während Sozialisten es mit vereinfachten Erzählungen leichter haben?

Katja Adler | Es ist ein Phänomen, dass man in den Sozialismus mit wehenden Fahnen geht. Andersherum ist das nicht der Fall. Es

gibt ja nicht alleine die DDR als mahnendes Beispiel. Blicken wir nach Venezuela, Kuba und so weiter. Was ist da mit den Ländern passiert, wenn sich die Leute erst mal mit wehenden Fahnen den Sozialismus herbeigesehnt haben? Für mich ist es unumstritten und ich sehe kein Gegenargument: Der Sozialismus macht die Menschen arm und beraubt sie ihrer Freiheiten.

Ralf M. Ruthardt | Und wenn Sie auf Deutschland blicken ...

Katja Adler | ... da kommen wir aus einem hart erarbeiteten Wohlstand und gehen – wenn man das Agieren vieler Politiker, nicht nur bei DIE GRÜNEN, anschaut – mit wehenden Fahnen und voller Überzeugung, was unsere Haltung anbelangt, in den Sozialismus. Das ist die aktuelle Situation, in der wir uns in Deutschland befinden. Wir haben Wohlstand für weite Teile der Bevölkerung erarbeitet, haben eine gewisse Dekadenz entwickelt, die sich breitmacht und zu unvernünftigen Entwicklungen führt.

Ralf M. Ruthardt | Ich bin froh, dass Sie in unserem Gespräch so klare Worte finden. Ihre Analyse, Katja Adler, soll auch die Leserinnen und Leser zum ergebnisoffenen Nachdenken einladen, die dem widersprechen. Vielleicht sind darunter Menschen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Man nehme sich allseits die Freiheit, die Argumente und Gegenargumente in den konstruktiven Diskurs einzubringen – ohne durch beispielsweise selektive Verkürzung einen Dialog zu sabotieren. Die Anmerkung möchte ich an dieser Stelle platzieren.

Katja Adler | Lassen Sie mich von Erfahrungen berichten, die ich in so manchen Diskussionen mit Menschen mache, denen es wirtschaftlich gut geht. Diese sprechen manchmal davon, jetzt auch mal sozialer sein zu wollen. So nach dem Motto, man hat ja aus dem Kapitalismus viel Positi-

ves gezogen und jetzt entdeckt man seine sprichwörtliche „soziale Ader“. Also, man will mehr Solidarität üben.

Ralf M. Ruthardt | Solidarität war auch in der Corona-Zeit ein oft gebrauchtes Wort. Am Rande sei angemerkt, dass ich „Solidarität“ für mich immer positiv belegt habe. Klar, im ehrenamtlichen Engagement in Kirchengemeinden oder in der Afrikahilfe ist dieser Begriff präsent.

Es gibt jedoch auch eine Deutung von Solidarität, die ein *unbedingtes* Zusammenhalten mit jemandem aufgrund gleicher Anschauungen und Ziele meint.

Katja Adler | Solidarität ist auch das zentrale Wort im Sozialismus gewesen. Wir sind alle solidarisch miteinander und so weiter. Aber es ist ein Trugschluss, dass Sozialismus das nächstbessere System sein könnte, nach dem Kapitalismus. Ganz im Gegenteil. Die Erfahrungen zeigen, dass der Sozialismus die Menschen arm macht und Kapitalismus das Potential hat, Wohlstand zu bringen.

Ralf M. Ruthardt | Dieser Tage ist mir der Gedanke gekommen, dass der Kapitalismus das Potential hat, einem Großteil der Gesellschaft Freiheiten und Wohlstand zu bringen – und dort, wo der Kapitalismus Ungerechtigkeiten mit sich bringt, es der Sozialdemokratie bedarf, um dies wieder in Ordnung zu bringen. Ich habe dabei an die Arbeiterbewegungen der frühindustriellen Zeit gedacht, als die Leute zwei Tage hintereinander die Kartoffelschalen ausgekocht haben, weil sonst nichts da war, während die Reichen sich die Bäume vollstopften. Nun, es ist ein unvollkommener Gedanke, aber er zeigt, dass der Sozialismus – im Gegensatz zur Sozialdemokratie – darin überhaupt nicht vorkommt. Vermutlich, weil ich kein Argument gefunden habe, das ihm eine den Menschen zugewandte positive Wirksamkeit zuschreibt.

Katja Adler | Natürlich bedarf es im Kapitalismus der Leitplanken. In Deutschland sprechen wir von der sozialen Marktwirtschaft. Das ist ein mit vernünftigen Leitplanken ausgestatteter Kapitalismus. Da geht es für die Kinder um den Zugang zu Bildung unabhängig von der Ausgangslage im Elternhaus. Da geht es um soziale Teilhabe für Menschen, die unter einer Einschränkung leiden. Da geht es – um ein weiteres Beispiel anzuführen – um die Errungenschaften bei der Arbeitssicherheit und um lebensbejahende Arbeitszeiten. Die soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt. Sie hat uns in Deutschland den Wohlstand gebracht, den wir heute haben.

Ralf M. Ruthardt | ... und den wir als Gesellschaft verzehren, also durch unvernünftiges politisches Handeln abbauen.

Katja Adler | Man braucht sich nur die beiden deutschen Staaten angucken: Wo stand 1989 die ehemalige DDR und wo stand zeitgleich die Bundesrepublik Deutschland. Auf der einen Seite ein sozialistisches System und auf der anderen Seite der Kapitalismus in der Ausprägung einer sozialen Marktwirtschaft. Das kann man bestens vergleichen und das Ergebnis ist offensichtlich: Die Bundesrepublik Deutschland war damals der klar überlegene Partner. Und so hat der Westen gegenüber dem Osten in der Wendezeit ja auch agiert. Aber das ist ein anderes Thema.

Jedenfalls erklärt sich an diesem Punkt der Titel meines Buches: Wollen wir wirklich wieder eine Rolle rückwärts machen und den Sozialismus – in welcher modernisierten Form auch immer – haben? Ich sage ganz klar: Nein, auf gar keinen Fall!

Ralf M. Ruthardt | Jetzt könnten wir noch weitere Beispiele heranziehen, wie meinetwegen Südkorea und Nordkorea.

Wir haben vorher über Solidarität gespro-

chen. Sie hatten erwähnt, dass Menschen aus dem Wohlstand heraus die Bereitschaft entwickeln, davon etwas abgeben zu wollen – und dann war von Solidarität die Rede. Mir sind soeben – und man betrachte es bitte nur als einen Einschub, den ich nicht verdrängen will – zwei Begriffe in den Sinn gekommen: Spende und Opfer. Es ist schön, wenn Menschen von dem reichlichen Hab und Gut etwas erübrigen und anderen Menschen in deren Not etwas abgeben. Gleichwohl fühle ich mich dem Begriff „Opfer“ deutlich mehr zugetan. Denn beim Opfer geht es darum, etwas zu geben, was man nicht erübrigen kann, sondern wofür man sehr wohl einen eigenen Bedarf hat. Man spricht auch davon, dass ein Opfer „schmerzt“; man verzichtet. – Wir lassen das so stehen und man fühle sich frei, ob dieser Gedanke einem etwas zu sagen hat.

Katja Adler | Ich möchte auf einen der großen Unterschiede zwischen Kapitalismus und Sozialismus eingehen. Gleichberechtigung oder Gleichstellung. Im Kapitalismus setzen wir uns für Gleichberechtigung ein.

Ralf M. Ruthardt | Gleiche Rechte. Gleiche Chancen. Und somit weitgehend gleiche Möglichkeiten für jeden einzelnen Menschen. Selbstredend haben wir als Individuen unterschiedliche Ausgangslagen – aber es geht hier um die Rahmenbedingungen; das habe ich soweit verstanden.

Katja Adler | Im Gegensatz dazu will der Sozialismus alle Menschen gleichstellen. Quasi alle Menschen auf eine Stufe stellen. Das ist für mich der wesentliche Unterschied.

Das Erfolgsrezept des Kapitalismus sehe ich darin, dass die Unterschiede der Menschen nicht staatlich verordnet nivelliert werden. Vielmehr sind die Unterschiede der Menschen das, was Nutzen entfaltet und den Fortschritt bringt. Jeder bringt sich in

Wirtschaft und Zivilgesellschaft nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten ein. Und die Leitplanken der sozialen Marktwirtschaft sorgen dafür, dass man selbstbestimmt und mit der Chance auf angemessenen Wohlstand sich etwas erarbeiten kann.

Konkret: Manche werden studieren und als Ärzte, Physiker, Ingenieure und was auch immer beruflich tätig. Andere Menschen wollen ins Handwerk und wieder andere finden in sozialen Berufen ihre Erfüllung. Ja, etwas idealisiert formuliert, aber in einer Gesellschaft gibt es vielfältige Optionen – wenn der Staat sich, von Leitplanken abgesehen, raus hält und nicht den allwissenden Planer gibt.

Alle stehen – von den ganz oben abgesehen – auf einer Stufe, im Arbeiter- und Bauernstaat. Das war der Sozialismus. Das war so in der DDR. Leistung zu belohnen ist im Sozialismus auf Planerfüllung fokussiert. Belohnt wird Haltung.

Ralf M. Ruthardt | Klar, das ist keine Strategie, um eine Gesellschaft im globalen Wettbewerb so zu positionieren, dass Wohlstand entstehen kann.

Nun, wir haben vor Achtsamkeit geredet, ob wir noch frei sind. Wir haben davon geredet, dass Freiheit Verantwortung mit sich bringt, und wir haben über die Leitplanken, die sozialen Komponenten, gesprochen. Jetzt kommt mir noch ein weiterer Punkt in den Sinn: „Etwas aushalten müssen.“

Damit meine ich, dass kein erfolgreiches Gesellschaftssystem in der Lage ist, all-



seits gerecht und fair im weitesten Sinn zu sein. Dies gilt es auszuhalten. Um es zu veranschaulichen: Da kommt ein Mensch auf die Welt – und er kann nichts dazu, wenn er mit Einschränkungen geboren wird. Er ist im Nachteil. Er hat es schwerer als andere Menschen. Er erlebt Restriktionen in seinen Möglichkeiten, die von der Gesellschaft nicht ausgeglichen werden können. Das gilt es allseits auszuhalten.

Ich merk es an mir selber, wenn ich als Arbeiterkind und mit meinen Möglichkeiten den zweiten Bildungsweg gegangen bin. Die Gesellschaft hat mir diese Chance gegeben. Gleichwohl merke ich heute noch, dass mein Weg und meine Möglichkeiten nicht zur gleichen Bildung geführt haben wie die bei anderen Menschen aus Elternhäusern mit hohem Bildungsniveau. Ich muss das als gegeben akzeptieren und damit umgehen. Da kann ich doch keinem Dritten ein Versäumnis zuweisen. In diesem Sinne, meine ich, dürfen wir als Gesellschaft Ungerechtigkeit aushalten.

Katja Adler | Da möchte ich ein Stück weit widersprechen. Nicht Ungerechtigkeiten sind auszuhalten, sondern die Ungleichheiten. Menschen sind nicht gleich, und Gleichberechtigung und Gleichheit sind zwei völlig verschiedene Paar Schuhe.

Nicht Ungerechtigkeiten müssen wir aushalten, denn da können wir über bestimmte Bildungsmaßnahmen – Sie haben vom zweiten Bildungsweg als Beispiel gesprochen – versuchen, dass nämlich genau diese Ungerechtigkeit ausgeglichen werden kann.

Aber Ungleichheit, die müssen wir aushalten. Menschen sind nicht gleich. Menschen sind völlig unterschiedlich, absolut individuell – und das versucht der Sozialismus unsinnigerweise auszugleichen. Der Sozialismus versucht, alle Menschen gleich zu machen,

und subsumiert dies als Solidarität. Das funktioniert nicht.

Ralf M. Ruthardt | Ein herzliches Dankeschön für das inspirierende und engagiert geführte Gespräch, liebe Katja Adler, und alles Gute.



Hinweis: Dieses Interview ist erschienen im Magazin **MITMENSCHENREDEN** in der Ausgabe 03/2025 vom Juli 2025. Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung zur Zweitveröffentlichung.

HAYEK UND MEHR ...

Jeder ist
Unternehmer
seines Lebens

Prof. Dr. Gerd Habermann

In der Rubrik „HAYEK und mehr“ beschäftigen wir uns damit, Friedrich August von Hayek zu verstehen. Denn, Hayek's Analysen, Argumente und Thesen weisen weit über die Ökonomie hinaus.

Zu den wichtigsten Erkenntnissen der österreichischen Schule der Ökonomie von Ludwig von Mises bis Huerta de Soto gehört: dass jedermann Unternehmer ist, wenn nicht im engeren Sinn, so doch als Unternehmer seines Lebens. Jedes freie Handeln ist ein Unternehmen. Inwiefern? Wir alle starten mit einem Kapital, das uns Natur, Tradition, Erziehung gegeben haben und das durch tägliche Erfahrung vermehrt wird. Es gilt, aus diesem angeborenen oder erworbenen Kapital ein Maximum an Rendite – nicht allein, nicht einmal vorwiegend monetär –, sondern als Sinn und Lebenserfüllung herauszuholen, mit seinem „Pfunde zu wuchern“; „Werde, der du bist!“ Oder auch mit dem Pathos Thomas Carlyles: „Jahrtausende mussten vergehen, ehe du ins Leben tratest und weitere Jahrtausende schweigend warten, was du mit deinem Leben beginnen wirst!“ (Um dieses Pathos noch zu steigern: Es brauchte die ganze Evolution von Erd- und Menschheitsgeschichte, vom Urknall an, bis du da warst und deine Chance bekamst.)

Welches aber ist nun mein unternehmerischer Auftrag, der mir den verborgenen Sinn meines Lebens offenbart? Ich erfahre ihn durch mein Handeln, durch Versuch und Irrtum, im Ausprobieren, im Problemlösen, im Wettbewerb als Entdeckungsverfahren meines Selbst; in dem, was mir gefällt und gelingt, wie in dem, was mir nicht gefällt oder misslingt.

Mein Lebenskapital

Das naturgegebene Kapital ist meine Gestalt, mein Aussehen, mein Temperament und Charakter, meine Energie sowie meine intel-

lektuelle und praktische Begabung. Mein erworbenes Kapital ist das, was mir Tradition, Elternhaus und Erziehung, Freunde, kulturelle und soziale Umgebung, Zeitumstände sowie persönliche Erlebnisse und Erfahrungen zuführen.

Was das Leben spannend, ja festlich macht, ist dabei zweierlei: die Knappheit an Lebenszeit und die Ungewissheit der Zukunft. Sicheres Wissen kann ich nur für die Vergangenheit haben. Die Daten der Zukunft kann ich nicht wissen: Es sind zu viele davon und sie sind überdies in ständiger Wandlung. Darum ist jedes gegenwärtige Handeln ein Handeln unter Hypothesen oder „Spekulation“, nicht nur das unternehmerische Handeln im engeren Sinn. Darum gilt Goethes Vers: „... doch das Leben ist ein Fest, wenn's sich nicht berechnen läßt.“ Dies gilt auch für eine gesicherte und laufbahnmäßig ausrechenbare Beamtenexistenz. Schließlich ist meine Entscheidung für eine solche Existenz auch eine unternehmerische Entscheidung; zudem habe ich auch als Beamter ständig unternehmerisch freie Entscheidungen zu treffen: wie meine Lebensform zu gestalten ist; welche Freunde ich habe; welcher Lebenspartner; welche Religion; welche Sportart (oder keine); welche Liebhaberei; welche Weltanschauung und politische Partei; welcher Arzt oder Steuerberater usw. – wie wir alle. Wie es in einem alten Schlager heißt: „Du mußt entscheiden, wie du leben willst; nur darauf kommt es an.“

Entscheidungen immer spekulativ

Die berufliche Lebensentscheidung ist – von der Neigung abgesehen – eine unternehmerische Spekulation über die Daten der Zukunft,



gleich, ob man selbständiger Unternehmer, Manager, Künstler oder Fußpfleger werden will. Man erwartet ein bestimmtes Einkommen und Ansehen; bestimmte Arbeitsumstände – und mit allem Erfolg. Aber diese Erwartung kann täuschen, wie der studierte Taxifahrer oder der abgestürzte Unternehmer als Klient der öffentlichen Fürsorge zeigen. Schließlich gibt es keinen Rechtsanspruch auf Gelingen und Lebensglück; schon gar nicht gegen Gott, der kühl sagt: „Ich gebe die Nüsse, aber ich beiße sie nicht auf.“ Immer ist es eine Entscheidung zwischen Alternativen. Alles Leben ist Entscheiden – in jedem Augenblick – für bestimmte Lebensmodelle und Werte und damit gegen andere („agonaler Pluralismus“). Das sind die „Opportunitätskosten“: Kein Gewinn ohne Verlust! Man kann den Kuchen nicht essen und ihn gleichzeitig behalten. Das sollte man sich nicht mit relativierenden Redensarten verschleiern.

Die Ur-Entscheidung

Am Anfang steht eine unternehmerische Ur-Entscheidung: Soll ich das mir verliehene Leben und meinen Lebensauftrag überhaupt suchen und annehmen? Den Wert des Lebens bejahen? Östliche Religionen (und Schopenhauer) bezweifeln diesen Wert bekanntlich wegen des Übergewichts des Leidens – am Ende unausweichlich wegen des finalen Todes. Die Vergänglichkeit alles Seienden als Einwand! Diese „Prediger des Todes“ empfehlen Askese, Ausstieg oder zumindest wie die Stoa Abstumpfung und Verhärtung. Aber mit dem Leiden schließt man auch die Freuden aus. Dieser Lebenspessimismus übersieht jedoch, dass gerade die Knappheit der Zeit sowie die Vergänglichkeit allem Seienden Wert verleihen.

Ohne „Zeitpräferenz“ ist das irdische Leben ein langweiliges Einerlei. Man könnte ja nichts versäumen; alles kehrt ewig wieder. Kein Handlungsdruck; keine Erwartung; keine

Hoffnung; keine Enttäuschung. Alle Poesie und Kunst hängen an der Unwiederbringlichkeit der Zeit – auch das Streben nach Ruhm und die Liebe. Vom „Lob der Vergänglichkeit“ spricht Thomas Mann in einem seiner Essays. Die Knappheit der Zeit ist Biographiegenerator.

Positive Lebensentwürfe

Es fehlt nicht an positiv-unternehmerischen Lebensentwürfen. Die antiken Griechen und Chinesen (besonders Konfuzius und seine Schule), die großen Lebensfreunde wie Epikur, Montaigne; namentlich Goethe oder Emerson lehren, das Leben zu bejahen; zu ordnen; als Kunstwerk zu gestalten. Der moderne Liberalismus ist eine Botschaft der Lebensfreude – von Adam Smith bis hin zu Röpke, Mises oder Hayek. Es geht ihnen allen um individuelle Lebenserfüllung in Freiheit.

Leben ist unternehmerisches Entscheiden

Der persönliche unternehmerische Lebensauftrag muß nicht darunter leiden, dass es nicht nur einen Weg der Selbstfindung gibt; nichts Allgemeinverbindliches; gar wissenschaftlich Zwingendes. Warum sollen alle denselben Weg gehen? Was hätte da jeder noch Besonderes für sich?

So ist jeder dazu berufen – selber Sinnstifter seines Lebens zu sein – Architekt seines Glücks zu werden – dies im ständigen Wettbewerb der Werte – in Konkurrenz mit den Mitmenschen. Muß jeder sich dabei ganz neu erfinden? Gewiß nicht! Kultur und Tradition bieten ihm verschiedene Lebensentwürfe an: die religiösen und philosophischen Gemeinschaften; die großen Philosophen; Propheten; Dichter.

„Leben ist Problemlösen“, sagt Karl R. Popper. „Probleme sind kein Einwand gegen das Leben.“ „Not ist nötig“, sagt Nietzsche, „um auch Freude und Erfüllung zu kennen (auch wenn niemand gern in die Schule des Leidens geht). Probleme sind der Stoff des Lebens.“ „Die einzigen Leute, die keine Probleme haben, liegen auf dem Friedhof.“

Über Unternehmertum im engeren Sinn

Auch wenn wir alle als Handelnde Unternehmer unseres Lebens sind, so gibt es doch die Gruppe der Unternehmer im engeren Sinn: Ihr Auftrag ist es im Speziellen, auf eigene Verantwortung, mit persönlicher Haftung, Konkursrisiko, im Wettbewerb ihre Mitmenschen mit Gütern und Diensten zu versorgen. Unternehmer sind professionelle Knappheitsüberwinder. Sie werden mit Gewinnen für die „richtige“ Verbraucherbedienung belohnt. Mit der Bedürfnisbefriedigung ihrer Kunden steigern sie deren Freuden und vermindern deren Leid. Sie sind die wahren Freudenbringer!

Über ihre Leistung wird mit jedem Cent auf den Märkten von den Konsumenten abgestimmt („Konsumentensouveränität“, „Verbraucherdemokratie“, tägliches Plebiszit der Märkte). Treffen sie nicht die Bedürfnisse ihrer Kunden, wenden sich diese ab. Finanzielle Verluste und ggf. Konkurs sind die Sanktionen der Märkte.

Es hilft ihnen nichts, wenn sie glauben, sie böten doch die besten Produkte der Welt und die Verbraucher seien nur zu dumm und zu ignorant, um dies zu erkennen. Auch mancher erfolglose Schriftsteller mag von „Marktversagen“ sprechen, wenn seine Bücher Ladenhüter bleiben, auch wenn er so viel Mühe in ihre Produktion gesteckt hat. Es gilt eben die Spruchweisheit: „Der Köder muß dem Fisch und nicht dem Angler schmecken.“

Die „schöpferische Zerstörung“ der Unternehmer

Unternehmer in diesem engeren Sinn sind, wie Werner Sombart schrieb, Eroberer, Kaufleute und Organisatoren und besonders auch Menschenführer. Als Innovatoren sind sie auch „schöpferische Zerstörer“ im Sinne Schumpeters. Daher rührt gewiss auch ein Teil des Ressentiments gegen sie –

- Die Postkutschenbetreiber konnten sich über die Eisenbahn nicht freuen.
- Die Eisenbahnunternehmen nicht über das Aufkommen von Automobil und Flugzeug.
- Das traditionelle Handwerk nicht über das Aufkommen der industriellen Technik.
- Das Kino nicht über das Fernsehen.
- Der traditionelle Einzelhandel und die Zeitungswirtschaft nicht über das Internet.
- Die Dolmetscher nicht über die Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz usw. und so fort.

Basis der Marktwirtschaft: Moralische Regeln

Ohne Vertragstreue, Achtung vor dem Eigentum und Leben des Nächsten kann eine arbeitsteilige Marktwirtschaft nicht funktionieren. Insoweit disziplinieren Marktwirtschaft und Konkurrenz den Unternehmer: Er kommt nur mit freiwilligen Tauschverträgen weiter, nicht mit Gewalt und Betrug. Das Gewaltprinzip wird durch das friedliche Vertragsprinzip ersetzt. Der große Unternehmer, auch der größte, wurde nur groß durch die freie Anerkennung seiner Produkte, im Dienste des



Nächsten oder Fernsten. Der größte Konzern ist nur groß, solange die Kunden ihm treu bleiben, die er ja nicht zum Kauf seiner Produkte zwingen kann. So üben Markt und Tausch eine moralisierende Wirkung aus. Auch wenn er ein Schuft ist: Weiter kommt er nur durch diesen Dienst am Nächsten, dem Kunden.

Freiheit heißt Eigenverantwortung statt Versorgung

Der Unternehmer braucht im Besonderen die traditionellen, lebensnotwendigen Tugenden: Disziplin, Wachsamkeit (die Konkurrenz schläft nicht), Tapferkeit, Klugheit, Fleiß und Mut. Oberflächliche und demagogische Kritik verkennet, dass es Unternehmerinitiative war, die in den letzten Jahrhunderten die Armut als Massenerscheinung überwunden hat; den Aufstieg des „kleinen Mannes“ und seiner Familie bewirkt hat. Nie lebten so viele Menschen so gut und so lange wie heute. Wer konnte sich im 18. Jahrhundert eine Kutsche erlauben? Heute fährt fast jeder Erwachsene ein Auto, das viel mehr als nur eine Kutsche ist. Wer konnte im 18. Jahrhundert reisen? Heute sind Weltreisen selbst für Hilfsarbeiter erschwinglich.

Die Demokratisierung des Luxus

Luxuskonsum hat sich durch die Wirkung der Marktwirtschaft und des Wettbewerbs demokratisiert. Unternehmertum und nicht die Sozialämter haben Armut als Massenerscheinung überall dort überwunden, wo ihre Energie freigesetzt wurde... Dies ermöglicht nur ein klassisch-liberaler Staat, kein Wohlfahrts- oder Nanny-Staat, wie wir ihn – trotz aller Warnzeichen (Schulden, Inflation) – immer weiter ausbauen. Mit der Selbstver-

antwortung für unsere Lebensführung haften wir auch für unsere Entscheidungen.

Das unwillkommene Risiko

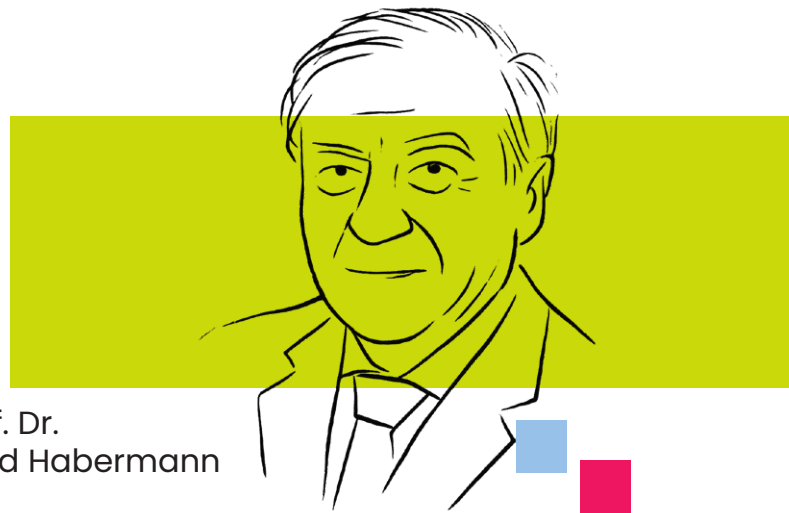
Freiheit bedeutet freilich auch das Risiko, wirtschaftlich und sozial abzustürzen. Dieses normale Risiko jedes Lebens, damit auch seine Spannung, sein Ernst und seine Größe, ist unseren Sozialbetreuern, den steuerfinanzierten Bürokraten, ein Dorn im Auge. Nicht einmal gegen die normalen Risiken des Lebens – Einkommensverluste bei Alter, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit – dürfen wir heute selber vorsorgen; auch die Funktionen der Familie werden schrittweise sozialisiert. Man stülpt uns seit Bismarck ein staatliches Versorgungsschema über und schafft insoweit unsere Vertragsfreiheit und freie Einkommensverwendung ab. Man zwingt uns dazu, mehr als die Hälfte unseres Einkommens (s. den „Steuerzahlergedenktag“, derzeit im Juli 2025) als „Sozialtribut“ abzugeben; damit andere „der Staat“ für unsere ureigensten Verantwortlichkeiten sorgt.

So werden wir mit unseren eigenen Mitteln vom Staat abhängig gemacht; von einem „Taschengeldstaat“, wie er schon genannt wurde. Die Freunde des Wohlfahrtsstaates sprechen von einer „Freiheit von Not“ und damit von Fremdversorgung durch den Staat. Aber Freiheit heißt nicht „komfortable Stallfütterung“ (Wilhelm Röpke). Sie gibt vielmehr die Eigeninitiative für eine eigenständige Lebensvorsorge frei. Die sog. Sozialversicherung ist ja keine echte Versicherung, sondern ein staatliches Versorgungsschema mit starken Umverteilungselementen. Nur die Minderheit der sog. Selbständigen ist noch teilweise frei (es droht hier eine sog. „Bürgerversicherung“ für alle). Die große Mehrheit wurde insoweit „proletarisiert“. Erhards Botschaft vom Eigentumsbürger ist vergessen.

Der Götze der Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit

Im Zeichen eines Kulturmarxismus wird derzeit sogar die natürliche Gliederung einer gesunden Gesellschaft gleichgewalzt. Die Stichworte heißen: Soziale Inklusion; „Nicht-diskriminierung“; „Antirassismus“; Gender Mainstreaming; Politische Korrektheit; „Wokeness“ usw. Die Begriffe, sogar der Demokratiebegriff, werden im Sinne eines „Neusprech“ verfälscht: Ungleichheit soll sozial ungerecht sein! Damit werden der unternehmerische, selbständige Mensch und die unabhängigen Gemeinschaften von

der Familie an als Hindernisse von Gleichheit zum Feindbild gemacht! Der Weg zur Knechtschaft, zu einem egalitären Totalitarismus, ist damit beschriftet! Er kann nur in allgemeiner Armut und in kulturellem Niedergang enden – in das Nichts!



Prof. Dr.
Gerd Habermann

Zur Person

Prof. Dr. Gerd Habermann ist Wirtschaftsphilosoph, Publizist und Gründer der *Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e.V.*. Er lehrte Politische Ökonomie u. a. an der Universität Potsdam und engagiert sich für freiheitliche Ordnungsprinzipien. Als Autor zahlreicher Werke vertritt er die Ideen der Österreichischen Schule und des klassischen Liberalismus mit geistiger Schärfe und gesellschaftspolischem Engagement.

Nachdem er viele Jahre die Entwicklung der *Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e.V.* führend mitgestaltet hat, ist er seit Frühjahr 2025 Ehrenvorsitzender.

Der Liberalismus als Daueraufgabe

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Prof. Dr. Stefan Kooths

Die *Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e. V.* wurde 1998 gegründet und steht für einen Freiheitsbegriff in der Tradition des klassischen Liberalismus. Ja, die vergangenen Jahre waren durchaus für die Hayek-Gesellschaft herausfordernd. Im Gespräch mit Prof. Dr. Stefan Kooths steht der Liberalismus im Mittelpunkt. Kooths ist Vorsitzender der Hayek-Gesellschaft in Berlin und Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum am *Institut für Weltwirtschaft* in Kiel.

Ralf M. Ruthardt | Wofür steht, lieber Herr Prof. Dr. Stefan Kooths, die Hayek-Gesellschaft, wenn wir auf den Liberalismus und auf die aktuellen wirtschaftlichen Kontexte in Deutschland schauen?

Stefan Kooths | Die Hayek-Gesellschaft ist so etwas wie der Maschinenraum für klassisch liberales Denken im deutschsprachigen Raum. Wir sind eine wissenschaftliche Gesellschaft, die vor allen Dingen die unterschiedlichen Strömungen, die es auch im liberalen Denken gibt, zusammenführt. Von daher haben wir erst mal eine Netzwerkfunktion und bringen liberale Denker zusammen. Zudem richten wir uns an die Unternehmerschaft und an die Publizistik.

Es geht uns also auch darum, die liberalen Ideen nach außen zu tragen – allerdings nicht als Kampagneninstitut. Kampagnen macht die Hayek-Gesellschaft nicht, sondern die einzelnen Mitglieder sollen in deren Umfeld als Botschafter für die Ideen der Freiheit auftreten. Die Argumente dafür können sie innerhalb der Hayek-Gesellschaft schärfen und so die Idee der Freiheit weiterentwickeln.

Ralf M. Ruthardt | Heutzutage kann man den Eindruck gewinnen, dass nahezu jede politische oder gesellschaftspolitische Organisation Wert auf ein starkes Kampagnenmanagement legt. Und insofern meine Nachfrage, weshalb dies bei der Hayek-Gesellschaft nicht so ist?

Stefan Kooths | Zum einen gibt es ausreichend liberale Thinktanks, die das bereits tun. Dort sind sehr oft auch Mitglieder der Hayek-Gesellschaft unterwegs. Dass wir selber keine Kampagnen machen, heißt nicht, dass wir Kampagnen nicht für richtig halten. Wir sehen hier vielmehr eine gewisse Arbeitsteilung.

Wir wollen im eigenen Haus das Meinungsspektrum möglichst groß halten. In dem Moment, wo man beginnt, bestimmte Kampagnen zu machen, legt man sich dann eben doch stärker fest. Dann kann man nicht mehr alle Beteiligten mitnehmen. Also, grundsätzlich sind Kampagnen wichtig, aber wir arbeiten vor allem auf der wissenschaftlichen Ebene. Dazu gibt es selbstverständlich den Austausch von Ideen und entsprechende Publikationen.

Besonders hervorheben möchte ich vor diesem Hintergrund die umfassende Bildungsarbeit, die wir als Hayek-Gesellschaft leisten. Diese richtet sich im Wesentlichen an die junge Generation. Das sind unsere Juniorerkreise für Wissenschaft, für Publizistik und für Politik. In unserer Akademie der Freiheit erfahren ganz junge Menschen, die zwischen Schulabschluss und der weiteren Ausbildung stehen, viel über die Ideen des klassischen Liberalismus. – So lässt sich die Grundidee der Hayek-Gesellschaft in kurzen Worten beschreiben.

Ralf M. Ruthardt | Zurück zum Begriff „Kampagne“: Das hochskalierte Multiplizieren ist

nicht die Aufgabe der Hayek-Gesellschaft; das sehen wir bei den jeweiligen individuellen Akteuren.

Stefan Kooths | Wenn Sie Kampagne so breit fassen wollen, dann ist das, was wir tun, eine Dauerkampagne für die Ideen der Freiheit auf der Grundlage des klassischen Liberalismus. Ich habe jetzt mit Kampagnen eher verbunden, dass man sich ein Thema herausgreift und dann für eine bestimmte Position – meistens im tagesaktuellen Geschäft – Partei ergreift. Letzteres machen wir eben nicht.

Uns kommt es auch gar nicht darauf an, dass wir am Ende in der Hayek-Gesellschaft zu einer einheitlichen Auffassung kommen. Die Idee des Meinungsstreits ist ja gerade das Wesentliche. Anders als etwa vor Gericht sollen nicht Gewinner und Verlierer dastehen. Es geht uns um das Bündeln von verteiltem Wissen. Der Austausch macht am Ende alle zu Gewinnern: Alle haben mehr Erkenntnis, als bevor sie in die Debatte reingegangen sind.

Ralf M. Ruthardt | Dann besteht die quasi Dauerkampagne der Hayek-Gesellschaft darin, die Österreichische Schule und das liberale Denken gut argumentiert in den öffentlichen Diskurs zu bringen.

Stefan Kooths | Ja, genau. Dazu gehört, dass wir unseren Wissensschatz nicht einfach nur immer wieder durchkauen; also keine rückwärtsgewandte Textexegese. Die Grundidee des klassischen Liberalismus ist es, sich immer wieder an eine sich wandelnde Welt anzupassen. Es gilt zu hinterfragen, was möglicherweise an bisherigen Erkenntnissen und Methoden zu revidieren ist. Darin sehe ich eine Kernaufgabe.

Das würde dann auch so Richtung dieses weiten Kampagnenbegriffs gehen: Wo erkennen wir im Heute Fehlentwicklungen, die unter einem neuen Gewand daherkom-

men? Neue Fehlentwicklungen, die am Ende wieder dieselben Muster aufweisen wie die vielen, zum Teil ja dann auch desaströsen Fehlentwicklungen, die wir in der Menschheitsgeschichte durchlitten haben. Desaster und Tragödien, weil Einzelne geglaubt haben, sie könnten sich zu so einem Sozialingenieur aufschwingen, der in konstruktivistischer Manier ganze Gesellschaften – also hochkomplexe Gebilde – in ein sehr primitives Staatsverständnis zwingen. Darum gilt es, ein Seismograph dafür zu sein, wo die individuelle Freiheit bedroht wird. Es gilt, vor den Folgen immer wieder neu zu warnen. Schließlich kommt ja keine Sozialphilosophie mit dem Anspruch daher, den Einzelnen zu unterdrücken, die Welt schlechter zu machen, für Kriege zu sorgen und so weiter. Im Gegenteil: Auf der Meta-Ebene sind sich praktisch alle Sozialphilosophien einig. Ihre Ziele sind Frieden, Freiheit und Wohlstand. Auf dieser Meta-Ebene können sich, so glaube ich, alle miteinander verständigen. Aber nicht alle Sozialphilosophien führen zu diesem Ziel, sondern einige führen nachgerade ins Gegenteil: in die bittere Unterdrückung und die ökonomische Verarmung. Nur sehen das die Menschen nicht direkt am Anfang, sondern erst im Laufe der Zeit.

Ralf M. Ruthardt | Wir Menschen sind für Verheißungen und Heilsbotschaften offensichtlich sehr anfällig. Aber das ist ein weites Feld, um mit Fontane zu sprechen.

Stefan Kooths | Das hat mit unserer Menschheitsentwicklung zu tun. Wir hatten über lange Jahrtausende eine Sozialisation in Kleingruppen. Diese Sozialisierung hat uns natürlicher Weise immer wieder glauben gemacht, wir könnten auch anonyme Großgesellschaften nach denselben Maximen konstruieren, wie wir sie aus der kleinen Gruppe kennen. In unserer modernen, vernetzten und arbeitsteiligen Welt brauchen wir

aber einen ganz anderen sozialen Kitt. Dieser kommt oftmals nicht so sympathisch daher ...

Ralf M. Ruthardt | ... also nicht beispielsweise in der Person eines Sympathieträgers, wie es beispielsweise aktuell Robert Habeck für viele Menschen ist.

Stefan Kooths | In einer komplexen Welt ist ein sozialer Kitt notwendig, der auf abstrakten Institutionen beruht – Sitten, Gebräuche, Normen – und gerade nicht auf charismatische Anführer angewiesen ist. Es gilt, die individuelle Freiheit und damit verbunden den Wohlstand zu schützen. Diese Botschaft muss immer wieder neu erklärt werden. Das scheint mir eine Daueraufgabe zu sein. Vielleicht liegt hier auch das größte Versäumnis der Liberalen in jüngerer Zeit. Man hat sich nach dem Fall der Mauer, also nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, weitgehend zurückgelehnt und gemeint, nun hätte die Geschichte endgültig entschieden. Die westlichen Ideen der Freiheit und der Marktwirtschaft haben gewonnen, so war weitgehend die Überzeugung. Daraufhin ist man ziemlich unvorsichtig geworden und hat das weitere Geschehen einfach laufen lassen. In der Zwischenzeit haben wir leider gesehen, dass sich die unterschiedlichen Formen des Autoritarismus einmal geschüttelt haben und Boden zurückerobert haben. Deshalb sind Liberale jetzt leider wieder in der Defensive. Vor knapp 40 Jahren hat man sich das kaum vorstellen können.

Ralf M. Ruthardt | Geschichte wiederholt sich – kommt mir gerade in den Sinn. Braucht es mehr Achtsamkeit und die Bereitschaft zur Selbstreflexion, damit man als Einzelner und als Gemeinwesen nicht anfängt, auf einem Status verharren zu wollen? Zu verharren, weil es sich in diesem Moment so gut und so angenehm anfühlt. Liegt einer solchen fehlenden Achtsamkeit und fehlenden Selbstreflexion quasi der Beginn des nächs-

ten Fehlers und damit verbunden der Start für den Entzug von Freiheit und Wohlstand inne?

Stefan Kooths | Ja, das kann man so sagen. – Das Problem der Marktwirtschaft und einer politischen Freiheitsordnung lässt sich in ein Bild fassen: Menschen finden es völlig normal, dass sie in den Supermarkt gehen und dort genau die Produkte in den Regalen finden, die sie gerade kaufen wollen. Das scheint den Leuten selbstverständlich zu sein, und deshalb kommt vielen von ihnen das Verständnis dafür abhanden, was die Grundlagen für diese vermeintlich selbstverständlichen Annehmlichkeiten sind. Und so ist das auch mit der Sensibilität und dem Bewusstsein, was die Grundlagen für ein politisch freies System sind. Letztendlich sind es immer wieder die gut gemeinten, aber eben doch kollektivistischen Irrtümer, die dann die individuelle Freiheit bedrohen.

Ralf M. Ruthardt | Man könnte jetzt die Begriffe Religion, Ideologie und Philosophie strapazieren und hierzu Vergleiche suchen. Sagen wir so: Dort, wo Einzelne das Gefühl haben oder die Erkenntnis für sich in Anspruch nehmen, sie müssten über ein Gemeinwesen bestimmen, ging es am Ende in der Regel schief. Daraus lässt sich ableiten, dass der Liberalismus und seine freiheitliche Ordnung die Stärke haben, dass die Einzelnen aus ihrer individuellen Freiheit heraus eine bedeutende Wirksamkeit für das Gesamte haben.

Um einen „hinkenden“ Vergleich zu suchen: Sozialismus ist ähnlich, wie wenn ich als Unternehmer der Meinung wäre, ich mache jede operative Ansage, weil nur ich weiß, was gut und richtig ist.

Stefan Kooths | Ja, genau.

Ralf M. Ruthardt | Das Gegenteil ist meine

Erfahrung: Nur dann, wenn ich als Unternehmer die Fülle der Fähigkeiten der Mitarbeitenden und deren klugen Gedanken gelten lasse und Verantwortliche mit der Kompetenz zur Gestaltung ausstatte, kommt es zu einer positiven und produktiven Wirksamkeit. Das bedeutet, dem Einzelnen eine Verantwortung aufzuerlegen, ihm aber auch die Kompetenz – sprich, die gestalterische Freiheit – beim Handeln zu geben.

Stefan Kooths | Absolut. Das gefällt mir sehr, sehr gut. – Hinzu kommt, dass man als Liberaler sich eben nicht anmaßt, die Zukunft perfekt vorher bestimmen zu können. Es ist zu akzeptieren, dass eine offene Gesellschaft eben auch ergebnisoffen ist. Da ist man natürlich in der Kommunikation hin zu den Menschen vor einer Herausforderung. Diejenigen, die einen Masterplan für eine heile Welt meinen vorweisen zu können, haben es einfacher. Wir haben hier eine kommunikative Herausforderung – was jedoch kein Grund zum Pessimismus ist.

Der Interventionismus entlarvt sich ja permanent, indem er eben dann genau die Missstände provoziert, die Liberale nicht überraschen können. Insofern liefern uns die aktuellen Entwicklungen in Deutsch-

land eine Fülle von Fallstudien für solche kollektivistischen Irrtümer. Meines Erachtens liegt eine Aufgabe für Liberale darin, genau diese Beispiele aufzugreifen. Es ist konkretes Anschauungsmaterial, welches die abstrakten Prinzipien in der breiten Kommunikation verständlich macht. Das führt viele Menschen sehr überzeugend an liberale Argumente heran. Daher sollten wir Liberalen uns die Mühe machen und an der Lebenswirklichkeit aufzeigen, warum die gut gemeinten kollektivistischen Absichten sehr oft zu desaströsen Ergebnissen führen.

Ralf M. Ruthardt | Man betrachte mich, lieber Herr Kooths, als einfachen Bürger und als kleinen Unternehmer. Als solcher nehme ich seit Jahren wahr, dass von Liberalen oftmals kluge Sätze formuliert werden, diese aber zu oft nicht im weiten Feld der journalistischen und medialen Landschaft ankommen. Erkenntnisse und Argumente bleiben in engen Zirkeln und werden dort unter ihresgleichen diskutiert.

Ist das einer parlamentarischen Demokratie angemessen? Schließlich haben alle Bürgerinnen und Bürger als Souverän die Aufgabe und Chance, sich bei Wahlen zu positionieren. Gilt es nicht, die kommunikative Herausforde-

Prof. Dr. Stefan Kooths



rung seitens der Liberalen anzunehmen und eben auch in einer Alltagssprache mit den Menschen zu reden?

Dass man mit den liberalen Argumenten und Fallbeispielen bisher (noch) nicht durchdringt, erscheint mir als etwas tendenziell Fatales. Da dominieren von politisch linker Seite die Narrative den gesellschaftlichen bzw. politischen Diskurs. Es erscheint mir sehr einseitig und damit auch als ein manipulierendes Momentum. Die Auseinandersetzung des Einzelnen mit der Lebenswirklichkeit unserer Ökonomie ist weitgehend durch die mediale Berichterstattung oftmals auf geradezu banale und erkenntnisfreie Nachrichten verkürzt.

Wenn ich auf den sogenannten Speckgürtel von Stuttgart blicke, dann begreifen die Leute, dass Mercedes-Benz Produktion nach Ungarn verlagern wird. Da fragt dann schon mal einer, wie das politische Bashing in Deutschland und der EU sowie weite Teile der medialen Berichterstattung über Ungarn zu den strategischen Standortentscheidungen von Mercedes-Benz passen.

Und hier noch ein Gedankensprung: Da freuen sich Leute über eine reichliche Abfindung, und es scheint ihnen zugleich ziemlich egal zu sein, dass die nächste Generation, die beim Abendbrot am Tisch sitzt, den verlorengegangenen Arbeitsplatz nicht als Opportunität hat. Da lässt man sich dann von Winfried Hermann (DIE GRÜNEN), dem baden-württembergischen Verkehrsminister, trösten. Dieser sagt zu den von Mercedes-Benz verlagerten Jobs aus Baden-Württemberg nach Ungarn: „Das schmerzt mich nicht“; und meinte im Landtag darauf angesprochen, dass es zukünftig quasi alternative Jobs beispielsweise im Kontext der Energiewende geben werde. Meine Meinung ist, dass wir – am Beispiel der Region um Stuttgart – auf eine infantil unverschämte Weise mit

unserem Wohlstand umgehen. – Bin ich in meiner Bewertung ungerecht bzw. was gilt gegen diese den Wohlstand vernichtenden Tendenzen zu tun?

Stefan Kooths | Ja, es gibt einen gewissen Nachlauf, das ist so. Die Marktwirtschaft ist die Wohlstandsmaschine und produziert zum Teil ihre eigenen Probleme dadurch, dass der Wohlstand eben so groß ist. Da können dann andere Gesellschaftsmodelle erst mal eine Weile davon zehren, bis die tatsächlichen Folgen allseits klar werden. Zuerst die Euphorie des Interventionismus. Nach einem gewissen Nachlauf kommt die Erkenntnis, dass es nicht funktionieren wird. – Da ist es sehr schwer, dagegen anzukommen. Es gilt, einen kühlen Kopf zu bewahren, die Prinzipien zu erklären und dann auch am Ball zu bleiben. Vor allem gibt es keinen Grund, sich von Interventionisten einschüchtern zu lassen.

Aktuell sehen wir ja bereits beispielsweise so einige Subventionsruinen, die wir mittlerweile nennen könnten. Meiner Erfahrung nach beeindruckt das die Menschen sehr wohl, wenn man an die Verheißungen und den Optimismus erinnert und dann aufzeigt, wie das Ganze ausgegangen ist. Dabei gilt es zu erklären, warum das Scheitern *kein Zufall* ist.

Ich möchte noch auf die sozialen Netzwerke hinweisen. Dort muss man nicht durch die wenigen Redaktionsschleusen hindurch, um überhaupt ein größeres Publikum zu erreichen. Es gibt eine Vielfalt von Podcasts, von Websites und von Videoformaten, die sich mittlerweile etabliert haben. Gerade weil eben diese Informationen, die Sie angesprochen haben, in weiten Teilen der Massenmedien kaum noch bedient werden, suchen sich viele Menschen neue Wege. Es ist geradezu ein Fallbeispiel dafür, dass sich auch die Freiheit und freiheitliche Ideen immer wieder den Weg bahnen, um Menschen zu erreichen, und sie treffen dann ja

auch auf ein entsprechendes Interesse beim Publikum. Von daher kann man mit diesen Marktlücken entsprechend umgehen.

Ralf M. Ruthardt | Ein Großteil der Wählerschaft ist im Alltag auf Unterhaltung bei TikTok, Instagram und so weiter fokussiert. Ich habe – nicht repräsentativ – mich beispielsweise auf Buchmessen mit Menschen über deren mediales Konsumverhalten und deren Interesse an Politik und Wirtschaft unterhalten. Das passte ziemlich gut zu Erkenntnissen der *German Longitudinal Election Study* (GLES) bezüglich politischen Wissens und des Verhaltens der Wählerschaft. Das politische Interesse und der Informationsstand korrelieren eng mit dem Bildungsniveau und der sozialen Lage der Wähler. Wo möglich, ist der Liberalismus doch ein Stück weit etwas, was sich sehr stark ans Bildungsbürgertum wendet.

Stefan Kooths | Ja, das war aber vermutlich immer schon so. Gerade dort, im Bildungsbürgertum, werden die Multiplikatoren ausgebildet, die hoffentlich in die breitere Bevölkerung hineinwirken können. Deshalb ist ja die Publizistik so wichtig. Es braucht diese Multiplikatoren, die in allgemeinverständlicher Sprache die Botschaften des Liberalismus an den Mann bringen können. Klar, das ist nicht einfach. Das ist aber früher auch nicht einfach gewesen.

Es ist kein Grund zu sagen, es sei alles so schwierig. Die Möglichkeiten, Menschen zu erreichen, sind heutzutage viel größer. Wir brauchen in unserem Wirtschaftssystem ja auch nicht 100 % Unternehmer. Es reicht, dass es eine kritische Anzahl an unternehmerischen Akteuren gibt, die immer wieder erkennen, wo die aktuelle Koordination noch Lücken hat, und diese dann immer wieder schließen. Das muss ein Großteil der Konsumenten gar nicht mitbekommen, und

trotzdem stabilisiert sich dieses System dann immer wieder.

Man kann die Menschen mit gesundem Menschenverstand abholen. Viele Botschaften des Liberalismus sind nicht so geartet, dass man sie den Menschen nicht erklären kann. Insbesondere deshalb, weil man immer wieder das Argument auf seiner Seite hat, dass der Liberalismus die Menschen so nimmt, wie sie sind. Menschen mit ihren Eigeninteressen und mit ihren Fehlern. Für Liberale muss sich die Sozialphilosophie dem Menschen anpassen, nicht umgekehrt.

Wir brauchen *keinen neuen* Menschen, um eine liberale Gesellschaftsordnung zum Erfolg zu führen. Die Leute verstehen, dass das eine sehr realistische Herangehensweise an soziale Phänomene ist. Die kollektivistischen Verheißungen postulieren dagegen, dass es einen neuen Menschen zu formen gilt. Dieser soll sich dem Kollektiv unterordnen und fortwährend an das Gemeinwohl denken. Die Menschen merken instinktiv, dass das unrealistisch ist. Das sollte einen nicht zu pessimistisch stimmen, mit liberalen Botschaften nicht durchdringen zu können.

Ralf M. Ruthardt | Ich habe eine Formel für mich gefunden, die ich mal in den Diskursraum werfe: Kapitalistische Systeme sind in der Lage, nennenswert Wohlstand aufzubauen. Dabei gibt es Begleiterscheinungen wie Chancen, Risiken und die Tendenz zu einer sozialen Ungerechtigkeit. Quasi ein gesellschaftliches Ungleichgewicht, insbesondere an der Vermögensverteilung festzumachen. Irgendwann, wenn die Kühlschränke (als Ausdruck für Wohlstand) gefüllt sind, kommen die Ideen kollektivistischer Systeme. Deren Versprechen ist soziale Gerechtigkeit – wobei man sich dann tendenziell in die Gleichmacherei versteigt. Zumeist werden solche kollektivistischen Ideen von Akteuren pro-

pagiert, die keinerlei Beitrag zum Wohlstand geleistet haben. Diese partizipieren an der vorhandenen Wertschöpfung, versuchen ein Idealbild zu formen, gleich einer Religion, und nach einer Phase der Hoffnung kommt das große Scheitern. Oftmals einschließlich eines gesellschaftlichen Desasters. Anschließend kommt die Renaissance liberaler, freiheitlicher Gedanken – und ein Zyklus beginnt von vorne.

Stefan Kooths | Absolut. Da gehe ich komplett mit. Das Pendel schwingt hin und her. So entstehen diese Zyklen, weil eben die Wohlstandsmaschine der Marktwirtschaft über dezentrale Koordination funktioniert. Dann kommt es zu dem Punkt hohen Wohlstands, und jetzt verteilt man diesen einfach um und setzt dabei implizit voraus, dass dadurch der Wohlstand gar nicht geschmälert würde. Es braucht dann eine Weile, bis die Leute merken, dass die Interventionisten an ihren Verheißungen scheitern und der Kühlschrank zusehends leerer wird. Damit geht den Interventionisten die Verteilungsmasse aus.

Jetzt ganz konkret heruntergebrochen auf die Energiewende: Es lassen sich mit der Politik der vergangenen Jahre eben keine doppelten und dreifachen Dividenden versprechen: Dass die Energie billiger wird. Dass die Wirtschaft stärker wächst. Und wenn sich die Protagonisten ehrlich machen, wissen sie auch, dass ohne internationale Koordination auch der Emissionseffekt nicht eintritt.

Ralf M. Ruthardt | Im liberalen Lager gibt es einige Leute, die Katastrophenszenarien kommunizieren. Frei nach dem Motto, dass sowieso nichts mehr zu retten sei und alles den Bach runtergehe. Man spricht dann von den großen Krisen. Wie stehen Sie dazu?

Stefan Kooths | Damit kann man Menschen natürlich nicht von liberalen Ideen begeistern. Ich finde genau das, wie Sie es formuliert

haben, plausibel: Es sind diese Zyklen, diese Pendelentwicklungen. Das impliziert ja, dass ein Umdenken und eine Veränderung des Handelns möglich sind. Das ist ja gerade die Grundvoraussetzung liberaler Ideen: Wir Menschen sind grundsätzlich vernunftbegabt. Wenn wir das nicht wären, dann könnten weder ein demokratisches Gemeinwesen noch ein marktwirtschaftliches System rechtfertigen.

Ralf M. Ruthardt | Zwei Gedanken: Der eine Gedanke bezieht sich auf die Grundidee meines Magazins *MITMENSCHENREDEN*. Es ist der Perspektivenwechsel. Darin liegt die Chance, zu einem Zeitpunkt Lösungen zu erarbeiten und zu realisieren, bevor etwas in den Brunnen gefallen ist; also bevor etwas eskaliert.

Der zweite Gedanke: Sie haben davon gesprochen, dass man den Leuten Vernunft unterstellt. Also die Fähigkeit, kraft Erkenntnis nicht einen bequemen oder gedankenlosen Weg zu gehen. Nun, sind wir seit einigen Jahren in der Situation, dass vernünftige Leute sich nicht durchsetzen können, weil Vernunft immer auch etwas Konstruktives und damit etwas Anstrengendes bedingt? Im Gegensatz dazu verbreiten sich Heilsversprechen von womöglich auch bildungs- und erfahrungsfernen Akteuren leichter – mindestens so lange, bis die Realität offen erkennbar diese Lügen straft?

Stefan Kooths | Sie beschreiben hier ein strukturelles Problem. Zwei Dinge dazu: Dass Menschen bereits ins Umdenken kommen, bevor die Probleme offen erkennbar sind, ist eher eine optimistische Annahme. Eine gewisse Form von Problemeskalation wird man wohl hinnehmen müssen.

Aber es hilft überhaupt nicht, auf Politiker einzureden, um ihnen ökonomische Theorien zu erklären. Ein Teil von diesen versteht diese übrigens viel besser, als man das aus

deren öffentlichen Statements erkennen kann. Diese sind aber in einem ganz anderen Anreizkorsett unterwegs.

Als unabhängiger Wissenschaftler kann ich sagen, was ich für richtig halte. Ob das populär ist oder nicht, muss mich nicht kümmern. Ich kann diese Situation somit nicht mit der eines Politikers vergleichen, der alle vier Jahre wiedergewählt werden möchte. Von Helmut Kohl stammt der berühmte Satz, er möchte die nächsten Wahlen gewinnen und nicht den Ludwig-Erhard-Preis. Man muss sich schon überlegen, ob es bestimmte strukturelle Bedingungen gibt, die das besonders stark prägen. Darüber sollten gerade auch wir Liberalen immer wieder nachdenken.

Ralf M. Ruthardt | Gibt es konkrete Vorschläge dazu?

Stefan Kooths | Man kann beispielsweise über fünfjährige Legislaturperioden nachdenken, für die man die Leute dann auch gut bezahlt. Vielleicht sollte man analog zu dem bezahlen, was sie vorher im außerpolitischen Bereich verdient haben. Das wäre noch ein bisschen raffinierter und würde die weniger fähigen Leute potentiell fernhalten.

Wichtig erscheint mir, dass von vornherein ein Mandat oder Regierungsamt temporär ist. Sagen wir, zwei Legislaturperioden, in denen man politisch in einem Parlament sitzt und dafür angemessen und gut bezahlt wird. Jedenfalls sollte es nicht zu einer politischen Dauerkarriere führen. Es gibt heutzutage zu viele Leute, die sich vom Hörsaal in den Plenarsaal retten und dann in die Rente wechseln.

Ralf M. Ruthardt | Haben wir nicht auch das Problem, dass im Grunde genommen ich als gemeiner Bürger mich gefälligst parteipolitisch zu engagieren habe? Nur so lässt

sich doch verhindern, dass in den Parteien aus einem Kreis von wenigen Leuten irgendwelche, die jetzt diese politische Karriere womöglich für sich identifiziert haben, in die Plenarsäle kommen. Schließlich sollten wir als Bürgerinnen und Bürger mit dafür sorgen, dass die fähigsten Leute in den Plenarsälen landen. Vielleicht sind „wir“ als allgemeine Bevölkerung zu sehr mit der Arbeit oder mit unserem nächsten Urlaub oder Smartphone beschäftigt, als dass wir uns um das kümmern, was uns inneren und äußeren Frieden erhält und uns Wohlstand ermöglicht.

Stefan Kooths | Nun, jede Bevölkerung bekommt in einem demokratischen Gemeinwesen die Parlamente und die Regierung, die sie verdient.

Ralf M. Ruthardt | Das haben Sie hart formuliert, aber es klingt richtig.

Stefan Kooths | Eine Demokratie kann niemals funktionieren, wenn die Stimmbürger sich darauf beschränken, alle vier Jahre zur Wahlurne zu schreiten. Das wäre das falsche Mindset, und als Liberale können wir dazu beitragen, dass es einen lebendigen, konstruktiven Diskurs gibt.

Ralf M. Ruthardt | Danke für das Gespräch, Herr Prof. Dr. Stefan Kooths.



Hinweis: Dieses Interview ist im Magazin *MIT-MENSCHENREDEN* in der Ausgabe 03/2025 vom Juli 2025 erschienen. Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung zur Zweitveröffentlichung.

Hayeks Gesammelte Schriften

Die Gesammelten Schriften von Friedrich August von Hayek in deutscher Sprache sind im *Verlag Mohr Siebeck* erschienen und können dort als Einzelbände und als Gesamtausgabe erworben werden.

Mehr Informationen:

<https://hayek.de/gesammelte-schriften-hayeks/>

www.hayek.de

HAYEK

DAS BUCH

„Die Ära Milei – Argentiniens neuer Weg“

Eine Rezension von Christian Langer
zum Buch von Prof. Dr. Philipp Bagus



Bagus' Buch *Die Ära Milei – Argentiniens neuer Weg* porträtiert Mileis Weg zur Präsidentschaft und erläutert wirtschaftsliberale Ideen verständlich. Hier eine Rezension von Christian Langer.

Prof. Dr. Philipp Bagus, Professor für Volkswirtschaftslehre an der spanischen Universität Juan Carlos in Madrid und Mitglied der Hayek-Gesellschaft, hat im September letzten Jahres ein erfrischendes Buch veröffentlicht mit dem Titel „Die Ära Milei – Argentiniens neuer Weg“. Es war auch Bagus' persönlichem Kontakt zu Milei zu verdanken, dass der argentinische Staatspräsident während der Hayek-Tage Ende Juni 2024 nach Hamburg kam und die Hayek-Medaille erhielt.

Das Vorwort bildet den Vortrag ab, den Milei zur Verleihung der Hayek-Medaille hielt – das Nachwort schrieb Dr. Markus Krall und geht der Frage nach, ob das neue Modell Argentinien auf Deutschland und Europa übertragen werden kann.

Für einen Ökonomie-Professor ist der Schreibstil flüssig und leicht lesbar verfasst – das war sicher bewusst so geschrieben, da der Inhalt damit einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden kann.

Das Buch ist mit seinen 260 Seiten in fünf Kapitel unterteilt. Das erste Kapitel stellt Milei als Person vor, beschreibt zunächst sein familiäres Umfeld und anschließend sein Ökonomie-Studium an der Universität Belgrano (Buenos Aires). Dabei muss er wie in den meisten Mainstream-Studiengängen die Neoklassik und den Keynesianismus über sich ergehen lassen, den er anfänglich auch annimmt. Alles änderte sich schlagartig, als er Schriften von Rothbard, Mises und Hayek entdeckt, davon „elektrisiert“ und Anhänger der österreichischen Schule wird. Es fällt ihm wie Schuppen von den Augen und er erkennt, woher die jahrzehntelange Misere in Argentinien rührt.

Trotz des Risikos, dass Politik den Menschen korrumpieren kann, entscheidet er sich, in die Politik zu gehen. Trotz immenser und teils unfairer Widerstände der bestehenden Politikerkaste wird seine im Jahr 2021 gegründete Partei „La Libertad Avanza“ (übers. Die Freiheit schreitet voran) schnell erfolgreich und Milei erreicht sein Ziel im November 2023, mit 56 % Wählerstimmen, argentinischer Staatspräsident zu werden. Die intensive Nutzung der sozialen Medien ist entscheidend dafür, dass sich ein Großteil der jungen Wähler für Milei entscheidet.

Bagus beschreibt die Situation Argentiniens vor Mileis Präsidentschaft. Das Land, Ende des 19. Jahrhunderts zu den reichsten Ländern weltweit gehörend, wurde in den nachfolgenden Jahrzehnten abgewirtschaftet. Dies geschah durch den Peronismus, Militärregierungen und ausufernden Staatsinterventionismus, der gleichzeitig eine korrupte Politikerkaste hervorbrachte.

Milei verstand es, die Inhalte der österreichischen Schule insbesondere den jungen Menschen verständlich zu machen, damit die aktuellen Missstände zu erklären und Lösungen vorzuschlagen. Beherrschend dabei ist die Betonung darauf, dass der Staat nicht die Lösung ist, sondern das Problem. Wie einst Hayek den Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ angriff, so sieht Milei den Staat als Hauptverantwortlichen, der die Umverteilung gezielt dafür nutzt, sich unter dem Deckmantel dieser sozialen Gerechtigkeit die Gefolgschaft der Bevölkerung zu sichern. Im zweiten Kapitel (die Symbiose des Paläoliberalismus) schreibt Bagus darüber, wie Javier Milei grundsätzlich „tickt“. Er geht auf das heute typische Rechts-Links-Schema

ein und kommt zum Ergebnis, dass Milei sich heute als erster liberal-libertärer Präsident der Welt und Minimalstaatler bezeichnet.

Im nächsten Kapitel macht Bagus einen lesenswerten Ausflug in die Welt des Kulturkampfes und Kulturmarxismus. Statt die Gesellschaft nach marxistischer Manier in Klassen zu unterteilen (funktionierte bekanntlich bisher nicht), gibt es laut Bagus jetzt einen Kampf, um unterdrückte Gruppen zu befreien. Die Erwähnung der Frankfurter Schule darf dabei natürlich nicht fehlen. Kampfbegriffe dabei sind Feminismus, Rassismus, Kolonialismus, Genderismus, Klimawandel und Ökologie. Der weiße Ritter ist in der Folge der Staat, der den Unterdrückten zu Hilfe kommt.

Das vorletzte Kapitel stellt die Auszüge der österreichischen Schule vor, die Milei doch so entscheidend geprägt haben und die in seiner aktuellen Politik eine gewichtige Rolle spielen. Freihandel, Monopole, unternehmerischer Akt – der Unternehmer ist gemäß der letztjährigen Rede Mileis in Davos ein Held – Wirtschaftsrechnung im Sozialismus (Mises), Interventionismus und Fürsorgestaat sind Begriffe, auf die Bagus kurz, aber für jeden verständlich eingeht.

Im letzten Kapitel geht Bagus auf die Frage ein, ob Mileis Erfolge eine globale Blaupause sein können. Er weiß, dass Mileis Politik eine Schocktherapie bedeutet und verweist auf die Situation Deutschlands kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, als das Land ökonomisch, sozial, moralisch und politisch an einem Tiefpunkt war. Ludwig Erhard, mittelbar von den Ideen der österreichischen Schule beeinflusst, setzte sich mit seinen liberalen Ideen durch und verhalf zum deutschen Wirtschaftswunder.

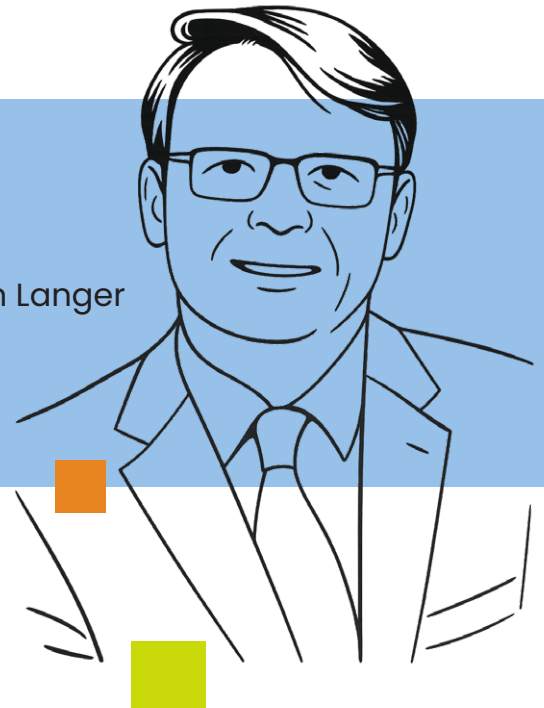
Wird dies auch Argentinien gelingen? Können wir danach etwas von Milei lernen? Bagus beantwortet diese Frage mit „ja“ und gibt in

den letzten Seiten fünf Hinweise darauf, was aktuell bei uns getan werden könnte, um aus der Sackgasse zu kommen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass Bagus mit diesem Buch eine beachtenswerte Veröffentlichung gelungen ist. Der Leser versteht nach der Lektüre, wer Milei ist, welche Ideen er vertritt und was ihn antreibt. Gleichzeitig ist es eine gut verständliche Einführung in die österreichische Schule und seine Vertreter.

Daher: eine absolute Leseempfehlung.

Christian Langer



Hinweis: Dieser Artikel erschien im Magazin *MITMENSCHENREDEN* in der Ausgabe 03/2025 vom Juli 2025. Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung zur Zweitveröffentlichung.

www.mitmenschenreden.de

Klassischer Liberalismus. Für die Freiheit.

Eine Gesellschaftsordnung, die individuelle Freiheit schützt und der Kraft der Ideen Raum gibt – dafür steht die 1998 gegründete Friedrich August von Hayek-Gesellschaft. Sie agiert überparteilich und wendet sich an Meinungsführer in Wissenschaft, Publizistik und Unternehmerschaft. Mit vielfältigen Bildungsangeboten trägt sie die klassisch-liberale Sozialphilosophie im Geiste ihres Namenspatrons insbesondere an die junge Generation weiter.

Hayek-Gesellschaft: Wege zur Freiheit?

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Nickolas Emrich

Er hat Rechtswissenschaften studiert, war unter anderem als Unternehmer tätig und ist zuletzt als Autor bekannt geworden. Im Sommer 2024 hat er es mit „Gier nach Privilegien“ auf die SPIEGEL-Bestsellerliste geschafft. Nickolas Emrich bringt nun seine vielseitigen Erfahrungen und sein Engagement in die Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e. V. (Berlin) ein. Hierzu hat Ralf M. Ruthardt ein Gespräch mit Nickolas Emrich geführt. Die beiden kennen sich u. a. im Kontext ihrer Autorentätigkeit seit einigen Jahren.

Ralf M. Ruthardt | Die HAYEK-Gesellschaft steht für die Österreichische Schule und damit verbunden für Freiheit und den klassischen Liberalismus. Du bist, lieber Nickolas Emrich, Mitte März 2025 in den Vorstand der HAYEK-Gesellschaft gewählt worden. Gib uns bitte zwei, drei Hinweise, was dich mit der Österreichischen Schule verbindet und welche Bedeutung für uns in Deutschland die Lehren Hayeks haben.

Nickolas Emrich | Beim Schreiben meines Buches wurde mir noch einmal deutlich, wie stark die Ideen der Österreichischen Schule die richtigen Antworten auf die Fragen unserer Zeit liefern. Was mich besonders mit ihr verbindet, ist ihr tiefes Vertrauen in die Fähigkeit des Einzelnen, Verantwortung zu übernehmen und die eigene Lebenssituation zu gestalten.

Die Österreichische Schule erinnert daran, dass Ordnung aus Freiheit wächst, nicht aus Planung. Hayeks Warnung vor der schleichenden Aushöhlung der Freiheit durch gut gemeinte, aber übergriffige Politik ist heute aktueller denn je. Seine Mahnung, dass kein Zentralorgan die Vielfalt, das Wissen und die Lebensrealität der Menschen überblicken kann, ist für unser Land eine zentrale Lehre: Wir brauchen wieder Vertrauen in die spontane Ordnung der Gesellschaft, in die Vielfalt an Lebensentwürfen und in die Kraft, die entsteht, wenn Menschen ihre Angelegenheiten eigenverantwortlich regeln dürfen – nicht, weil der Staat sie allein lässt, sondern weil er

ihnen Raum lässt. Hayek, der vor knapp 50 Jahren seine Nobelpreisrede hielt, erklärte es so: „Dass in die Ordnung einer Marktwirtschaft viel mehr Wissen von Tatsachen eingeht, als irgendein einzelner Mensch oder selbst irgendeine Organisation wissen kann, ist der entscheidende Grund, weshalb die Marktwirtschaft mehr leistet als irgendeine andere Wirtschaftsform.“

Ralf M. Ruthardt | Welche Motivation hast du, dich in der HAYEK-Gesellschaft zu engagieren?

Nickolas Emrich | Ich glaube nicht, dass wir uns aus der aktuellen gesellschaftlichen Schiefelage herausregulieren können – wir brauchen wieder Vertrauen in Selbstverantwortung und freie Strukturen. Die Hayek-Gesellschaft bietet dafür Raum – nicht für Parteipolitik, sondern für geistige Orientierung. Mich motiviert der Gedanke, dass gute Ideen nur dann Wirkung entfalten, wenn Menschen sie vertreten, verteidigen und lebendig halten.

Die Hayek'sche Idee von Ordnung durch Freiheit ist keine nostalgische Reminiszenz, sondern eine Antwort auf viele Fragen der Gegenwart. Ich sehe die Gesellschaft auch als Ort der Verantwortung: Wenn man überzeugt ist, dass bestimmte Denkansätze dem Land guttun würden, dann sollte man sie nicht nur denken, sondern auch sichtbar machen. Deshalb schreibe ich Bücher und deshalb engagiere ich mich in der Hayek-

Gesellschaft. Um es wieder mit Hayek zu sagen: „Die Freiheit kann nur erhalten werden, wenn sie nicht bloß aus Gründen der erkennbaren Nützlichkeit im Einzelfalle, sondern als Grundprinzip verteidigt wird.“

Ralf M. Ruthardt | Die HAYEK-Gesellschaft hat ja durchaus bewegte Jahre hinter sich, in denen es um die Ausrichtung des Vereins ging. Welchen Beitrag möchtest du als Mitglied des Vorstands leisten? Wo siehst du das Potenzial beziehungsweise die Chance, etwas zu bewirken?

Nickolas Emrich | Die Hayek-Gesellschaft hat in der Vergangenheit zweifellos Herausforderungen durchlebt, besonders in Bezug auf ihre Ausrichtung und die Frage, wie sie sich für die Zukunft positionieren möchte. Als Mitglied des Vorstands möchte ich vor allem dazu beitragen, die Gesellschaft zu einer noch schlagkräftigeren Institution zu machen, die sowohl in ihrer wissenschaftlichen Arbeit als auch in ihrer öffentlichen Wahrnehmung an Bedeutung gewinnt. Ich sehe großes Potenzial in der systematischen Nutzung moderner Kommunikationskanäle. Gerade junge Menschen sind zunehmend in digitalen Räumen wie Instagram, LinkedIn und vor allem auf Plattformen wie YouTube aktiv. Die Hayek-Gesellschaft sollte dort stärker vertreten sein, um nicht nur ein breiteres Publikum zu erreichen, sondern auch den Dialog mit der jüngeren Generation zu fördern, den Nachwuchs zu mobilisieren und den Austausch über die Österreichische Schule der Nationalökonomie und die Prinzipien des klassischen Liberalismus auf eine neue Ebene zu heben.

In Bezug auf die inhaltliche Ausrichtung der Hayek-Gesellschaft sehe ich eine Möglichkeit, den Fokus auf die Kernthemen der Österreichischen Schule zu verstärken und gleichzeitig exklusive Formate für Mitglieder zu entwickeln. In diesem Zusammenhang

halte ich es für wichtig, dass die Gesellschaft nicht nur als wissenschaftliches Netzwerk, sondern auch als Plattform für den Austausch von Ideen, die den politischen und wirtschaftlichen Diskurs beeinflussen können, wahrgenommen wird. Ich bin überzeugt, dass die Hayek-Gesellschaft noch viel Potenzial hat und würde mich freuen, meinen Beitrag dazu zu leisten, dass wir als moderne, zukunftsorientierte und dynamische Institution noch mehr Wirkung entfalten.

Ralf M. Ruthardt | Welche Veranstaltungen der HAYEK-Gesellschaft erscheinen dir für die Leserschaft als nennenswert?

Nickolas Emrich | Die Hayek-Gesellschaft hat eine Vielzahl von Veranstaltungen, die nicht nur für ihre Mitglieder, sondern auch für die breitere Öffentlichkeit von Bedeutung sind. Besonders hervorzuheben sind natürlich die Hayek-Tage. Ich erinnere mich an die letzten Hayek-Tage, bei denen der argentinische Präsident Javier Milei die Hayek-Medaille verliehen bekam.

Ich hatte das Privileg, seine Rede live zu erleben, und es war eine beeindruckende Erfahrung. Milei, eine umstrittene Persönlichkeit, hat nicht nur als Politiker, sondern auch als Denker und Kenner zahlreicher bedeutender Werke die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich gezogen. Seine Rede war sehr persönlich, mit einer Klarheit und einer humorvollen Leichtigkeit, die ihn als pragmatischen Denker und überzeugten Verfechter der individuellen Freiheit präsentierte. Trotz seines markanten Slogans „Viva la libertad – carajo!“ vermittelte er eine tiefe Nachdenklichkeit und Sensibilität.

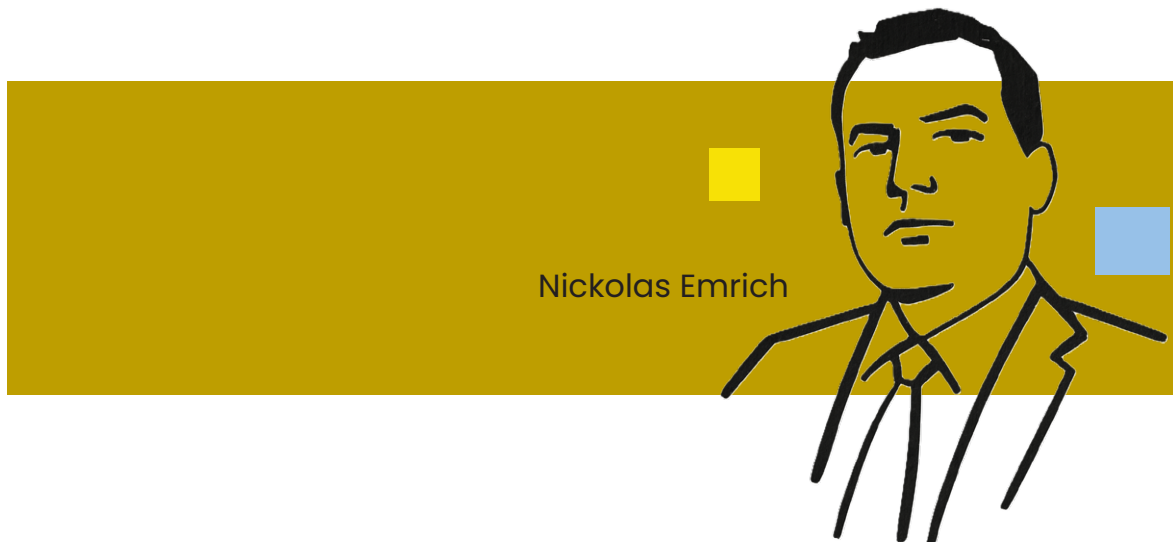
Was mich besonders beeindruckt hat, war, wie Milei seine eigene politische Entwicklung beschrieb und den Wert von Märkten und freiem Unternehmertum betonte, um Wohlstand und Freiheit zu fördern. Diese Rede

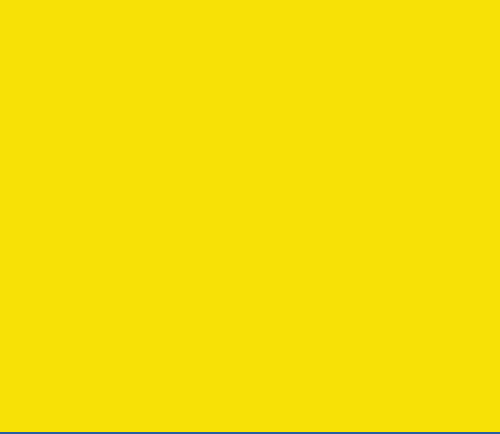
hat mir erneut verdeutlicht, wie relevant und wichtig es ist, dass die Hayek-Gesellschaft solchen Persönlichkeiten eine Plattform bietet, die nicht nur für ökonomische Theorien eintreten, sondern auch praktisch die Prinzipien der Freiheit verteidigen.

In einer Welt, in der Freiheit und individuelle Rechte zunehmend herausgefordert werden, ist es unerlässlich, diese Stimmen zu hören und zu stärken. Natürlich gibt es auch viele andere Veranstaltungen der Hayek-Gesellschaft, die ebenfalls sehr bedeutend sind, wie das Forum Freiheit, das eine hervorragende Gelegenheit für den Austausch und die Diskussion von freiheitlichen Ideen bietet, sowie die Juniorenkreise, die eine wichtige Plattform für den Nachwuchs schaffen. Diese Formate sind entscheidend, um die nächsten Generationen von Liberalen und Libertären zu fördern und den Austausch innerhalb der Szene zu intensivieren.

Hinweis: Das Interview ist erstmals im Magazin **MITMENSCHENREDEN** in der Ausgabe 03/2025 vom Juli 2025 erschienen. Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung zur Zweitveröffentlichung.

<http://www.mitmenschenreden.de>





Liberales Renaissance

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Thomas L. Kemmerich



*Vor dem FDP-Bundesparteitag im Mai 2025 hat das Gespräch mit Thomas L. Kemmerich stattgefunden. Es geht um liberale Erneuerung, staatliche Übergriffigkeit, Wohnungsbau, Migration und Leistungsbereitschaft. Es ist ein leidenschaftliches Plädoyer für Eigenverantwortung, marktwirtschaftliche Vernunft und freiheitliche Grundprinzipien. Hier geben wir das Gespräch **auszugsweise** wieder.*

Ralf M. Ruthardt | Lieber Herr Kemmerich, danke für Ihre Zeit. Ich habe in einem Strategiepapier von Ihnen gelesen, dass Sie eine liberale Renaissance fordern. Was verstehen Sie unter einer liberalen Renaissance?

Thomas L. Kemmerich | Erst mal vielen Dank, dass wir beide gemeinsam die Zeit haben, darüber zu diskutieren. – Wenn wir auf die Bundestagswahl 2025 blicken, dann haben etwa 38 % der Leute gesagt, dass sie die FDP im Deutschen Bundestag vermissen.

Viele Menschen wollen eine liberale Kraft im Bundestag sehen. Ich sehe die FDP in der Tradition von Walter Scheel, von Hans-Dietrich Genscher, von Otto Graf Lambsdorff und zuletzt natürlich auch von Guido Westerwelle, um nur einige zu nennen. Die Genannten haben den Liberalismus streng aus dem Blickpunkt der Freiheit definiert. Daraus lässt sich viel Gutes und Zukunftsweisendes ableiten.

Ralf M. Ruthardt | Ein von Ihnen erstelltes Papier ist ein Bekenntnis zur Freiheit und zur sozialen Marktwirtschaft sein.

Thomas L. Kemmerich | Ja, in dem Arbeitspapier bekennen Parteifreunde und ich uns eindeutig zur Freiheit und zur sozialen Marktwirtschaft. Wir erleben in Deutschland massive staatliche Eingriffe und man kann daher geradezu von einer gesteuerten Marktwirtschaft sprechen.

Nennen wir einige Beispiele: Der Wohnungsmarkt wird mit einem Mietendeckel versehen,

nachdem man mit falschen politischen Maßnahmen den Markt abgewürgt hat und nicht mehr weiterweiß. Oder nehmen wir die freie Meinungsäußerung: Es ist unbegreiflich, wie sehr sich hier Politik einmischt und irgendwelche Tatbestände, die unterhalb des Strafrechts liegen, unter Strafe gestellt werden sollen. Das hat ja leider auch in der FDP um sich gegriffen.

Ralf M. Ruthardt | Es wird zurzeit (Anmerkung der Redaktion: im April 2025) viel über Zölle gesprochen. Der US-Präsident Donald Trump hat diese Diskussion mit seinen Maßnahmen losgetreten. Gibt es darauf eine liberale Antwort?

Thomas L. Kemmerich | Warum antworten wir darauf nicht mit Vorschlägen für einen wirklich freien Welthandel? Schon längst hätte es zwischen der EU und anderen Wirtschaftsräumen solche Handelsabkommen geben können. Das sind alles keine neuen Botschaften. Ich bin aber überzeugt, dass es dieser politische Sound ist, den viele Menschen vermissen. Deshalb haben uns viele Leute bei der Bundestagswahl nicht mehr gewählt.

Man muss mal auf die Zahlen schauen: Wir haben 2,2 Millionen Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl im Vergleich zu 2021 verloren.

Alleine darin begründet sich das Plädoyer für eine liberale Renaissance. Es soll ein inhaltlicher und nicht nur ein personeller Neustart für die FDP sein. Die Leute suchen eine poli-

tische Kraft, deren Programm ihnen wieder Wachstum, Wohlstand und damit eine gute Zukunft ermöglicht.

Ralf M. Ruthardt | Jetzt sind wir mit den Beispielen, die Sie genannt haben, geradezu im politischen Mikromanagement angekommen. Sie sprachen das Thema Wohnungsbau an. Lassen Sie uns noch kurz beim Wohnungsbau bleiben, weil es – im Vergleich zur Meinungsfreiheit – kein emotional hoch aufgeladenes Thema ist. Ich denke, man kann am Wohnungsbau sehr schön erklären, wie viel Potenzial im Liberalismus steckt.

Thomas L. Kemmerich | Gerade in den Zentren unseres Landes herrscht ein für sehr viele Menschen erlebbarer Wohnungsmangel. Der führt zu einer enormen Preissteigerung. Das ist ein Ergebnis der jahrelangen Fehlsteuerung beziehungsweise einer Überregulierung.

Aus liberaler Sicht ist das ganz klar: Mit überbordenden Vorschriften und viel zu lang dauernden Genehmigungsverfahren ist nunmehr das Kind in den Brunnen gefallen. Am Wohnungsmarkt in Berlin ist das zu beobachten. Dann kamen vor allem die Leute von DIE LINKEN und DIE GRÜNEN auf die Idee, den sogenannten Mietendeckel einzuführen. Das hat dann dem letzten Investor die Freude daran genommen, tatsächlich zu investieren.

Der Wohnungsnot begegnete man mit bauen, bauen und bauen. Dazu braucht es schnelle Genehmigungen im Rahmen eines einfachen, sinnvollen Verfahrens. In vielen Kommunen ist man ja bereits seit längerem dabei, in den Innenstädten die Lücken zu schließen, den Ausbau von Dachgeschossen zu vereinfachen oder auch eine Bebauung von singulären Geschossen zu ermöglichen. Letzteres meint, dass beispielsweise über einem Discounter wie Aldi oder Lidl Wohnraum entsteht.

Mit solchen einfachen Maßnahmen könnte man zügig am Wohnungsmarkt für Entspannung sorgen, was in der Folge die Situation bei den Mietpreisen entspannt. Das ist überhaupt kein Hexenwerk. Aber das geht natürlich nicht, wenn – wie in Berlin geschehen – die Bauverwaltung zehntausende Einheiten auf dem Tempelhofer Feld verhindert hat.

Das sind Sünden, die wir als Bürgerinnen und Bürger auszubaden haben. Ich erinnere an Katharina Dröge von DIE GRÜNEN. Die Chefin der grünen Bundestagsfraktion meinte dieser Tage, dass es ohne Erbe für junge Menschen kaum noch möglich sei, Wohneigentum zu erwerben.

Ralf M. Ruthardt | Dröge forderte die Union und SPD auf, mehr für eine gerechte Verteilung von Vermögen und bezahlbarem Wohnraum zu tun. Vermögen und Erbschaften seien in Deutschland zu ungleich verteilt. Es stellt sich da die Frage, ob quasi zur „Enteignung“ über die Vermögenssteuer oder Erbschaftssteuer aufgefördert wird.

Thomas L. Kemmerich | Das ist natürlich eine Sache, die die Wähler mit Schmerzen hören. Nochmals: Liberalisiert die Bautätigkeit. Vereinfacht die Genehmigungsverfahren. Konzentriert euch bei den Bauvorschriften auf das elementar Wichtige. Ich glaube, das ist die einzig wirkungsvolle Antwort auf die Wohnungsnot.

Ralf M. Ruthardt | Heutzutage sind viele Themen sehr komplex. Bleiben wir nochmals beim Wohnungsbau. Da liegt die Komplexität unter anderem darin, dass einerseits aus der Klimawende heraus Anforderungen an den Wohnungsbau gestellt werden. Zugleich gibt es einen Mangel an Fachkräften – auch im Bau und im Handwerk.

Zugleich baut die Deutsche Bahn AG gemeinsam mit der öffentlichen Hand geradezu Paläste; dabei brauche ich als einfacher Bürger in Stuttgart keine eleganten Lichtkegel im Bahnhof – mir würde es ausreichen, wenn ich, ohne bei Regen nass zu werden, in einen pünktlichen Zug einsteigen kann. Auch das ist etwas, was die Sache komplex macht: Anstelle sich auf Funktionalität zu konzentrieren, steht kosten- und ressourcenintensive Ästhetik zu oft im Vordergrund.

Freiheit statt staatlicher Übergriffe

In der aktuellen Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und der Union ist viel davon die Rede, in was alles investiert werden soll. Da stelle ich mir erneut die Frage, wer das umsetzen, also planen und bauen soll? Wo sind die personellen Ressourcen? Man könnte in der Verzweiflung polemisch werden und die Frage stellen, in welchem Flieger der noch geschäftsführenden Außenministerin diese Fachkräfte eingeflogen werden.

Thomas L. Kemmerich | Sie haben von Komplexität gesprochen. Lassen Sie mich darauf mit drei Punkten eingehen.

Ich fang mal mit dem Einfachsten an, und zwar mit der **Leistungsbereitschaft** dieser Gesellschaft. Viele diskutieren in Deutschland sehr gerne über eine 4-Tage-Woche mit 30 Stunden. Wenn man nach Europa schaut, fällt schnell auf, dass der Deutsche im Durchschnitt etwa 200 Jahresarbeitsstunden weniger arbeitet als ein Franzose, ein Spanier oder ein Italiener. Wir reden hier von EU-Mitgliedern und nicht von exotischen Ländern. Ich bin überzeugt, dass viele Leute einig sind, dass wir aus der Krise nur dann herauskommen, wenn wir alle die Ärmel hochkrempeln. Es gilt also, in die Hände zu spucken und – da gab es doch diesen Song – das Bruttosozial-

produkt zu steigern. Die Leistungsbereitschaft dieser Gesellschaft; das ist der Punkt 1. Das hat auch mit so banalen Dingen zu tun, wie die Bundesjugendspiele wieder mit Maßband und Stoppuhr stattfinden zu lassen – und nicht leistungsfrei und anerkennungsfrei.

Der nächste Punkt ist, dass **unser Staat viel zu fett geworden** ist. Wir haben einen permanenten Aufbau an staatlichen Arbeitsstellen in den Kommunen, den Bundesländern und im Bund. Gleichzeitig wird auf fast allen Ebenen des Staates agiert, wie noch in den 80er- oder 90er-Jahren. Wir als Unternehmer wissen, wenn wir heute noch so agieren würden, wären wir längst weg vom Markt.

Ein Beispiel: Letztens kam eine Meldung vom dbb beamtenbund und tarifunion: „Aktuell fehlen dem Staat demnach mindestens 500.000 Beschäftigte. Vom **Fachkräftemangel** betroffen sind praktisch alle Sektoren der Daseinsvorsorge, etwa Bildung, Gesundheit, Infrastruktur sowie Innere und Äußere Sicherheit.“ – Ich sage, was für eine tolle Nachricht! Wenn wir endlich hingehen und automatisieren, die Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz einsetzen und die Prozesse auf eine moderne, digitale Form stellen, dann brauchen wir – von der Inneren und Äußeren Sicherheit abgesehen – die hunderttausende zusätzlichen Jobs beim Staat nicht.

Mit moderner **Digitalisierung** entlasten wir die öffentlichen Haushalte. Denn eine halbe Million Beschäftigte kosten uns 40 bis 45 Milliarden Euro pro Jahr. Womöglich hätte es die aktuellen Schuldenpakete von Friedrich Merz gar nicht gebraucht.

Mein dritter Punkt ist natürlich eine **Migration**, die uns genau an diesen Stellen stark macht, wo wir die Leute brauchen. Nicht ungesteuert und vor allen Dingen keine illegale Migration. Vielmehr gilt es, die Leute anzuwerben, die uns als Gesellschaft Mehr-



werte bringen. Dann lasst uns im Ausland Anwerbezentren eröffnen, wo die Leute aus allen Teilen der Welt sich bewerben können. Wer angemessen die deutsche oder eine europäische Sprache spricht und über eine bei uns benötigte Qualifikation verfügt, der kann sicher und mit unserer Unterstützung einreisen und ist willkommen.

Ralf M. Ruthardt | Ich muss den Punkt aufgreifen, dass wir in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Nationen 200 Stunden pro Jahr weniger arbeiten. Hier könnte das Gegenargument angemessen sein, dass dafür die Leute in den genannten Ländern deutlich früher in Rente gehen. Die Frage ist, ob wir uns überhaupt vergleichen wollen oder einfach auf unsere Leistung fokussiert bereit sind, einen Zahn zuzulegen.

Wir sprechen über Leistungsbereitschaft und von der Bereitschaft der Menschen, Eigenverantwortung zu übernehmen. Dazu gehört aber auch, dass man den Menschen Handlungsspielraum zubilligt. Ich erinnere mich an eine Management-Methode: Diese besagt, man kann nicht nur die Verantwortung in einer Sache zuweisen, sondern man muss ihm auch die Kompetenzen – also den Gestaltungs- und Handlungsspielraum – geben. Womöglich muss der Staat hergehen und dem einzelnen Bürger wieder deutlich mehr Kompetenzen zustehen. Nicht nur die Verantwortung geben, sondern eben auch mehr Kompetenz, mehr Gestaltungsspielraum.

Einen zweiten Gedanken möchte ich noch einbringen: Oft wird über die Motivation der Leute und Work-Life-Balance gesprochen. Ich erlebe junge Leute, die wirklich etwas bewegen wollen. Die wollen eine Innovation kreieren, die Herausforderungen annehmen und erfolgreich bewältigen. Die haben Freude in ihrem Job, und Arbeit ist ein erfüllender Bestandteil ihres Alltags. Ich habe den

Eindruck, dass die Forderung einer weiteren Reduzierung von Arbeitszeiten womöglich vor allem der Daseinsberechtigung von Gewerkschaften oder anderer Gruppen geschuldet ist.

Thomas L. Kemmerich | Ja, ich kann Ihnen da nur Recht geben. Gott sei Dank haben wir motivierte junge Leute – auch wenn man hier fast schon von Exoten sprechen kann. Wir haben jedoch ein Steuersystem, das extrem leistungsfeindlich ist. Die Leistungsträger, die Sie gerade beschreiben, die kriegen mit ihrer Motivation und Ausbildung überall auf der Welt einen Job. Unsere Abgaben in Deutschland sind kein Beitrag, um solche Leistungsträger zu halten. Wir müssen mit den weltweiten Märkten in Konkurrenz treten. Dazu muss sich unsere Steuer- und Abgabenpolitik grundlegend ändern. Das geht nur, wenn sich der Staat zugleich deutlich verschlankt und unsinnige oder unnötige Ausgaben – ich erspare uns jetzt das Thema Fahrradwege in Peru – unterlassen werden.

liberale Renaissance jetzt gestalten

Ich sage ganz eindeutig: Der Staat muss da stärker werden, wo er Mehrwerte schafft, etwa beim Thema Bildung. Sie sprachen eben noch von Kompetenzen. Das hat ja auch etwas mit dem Bildungssystem zu tun. Wenn junge Leute in der Schulbildung nicht vermittelt bekommen, dass es sich beim Dreisatz nicht um ein Musikstück handelt, dann ist das einfach zu wenig.

Und stärker muss der Staat auch dort werden, wo er die Sicherheitsstruktur des Landes oder in Europa aufrechterhalten muss. Und auch da haben wir große Defizite. Ja, mit der Infrastruktur als wesentlicher staatlicher

Aufgabe können wir hier gleich weitermachen. Nun, auf diese drei Dinge soll sich der Staat konzentrieren und seine Aufgabe richtig und gut machen. Alles Weitere ist zunächst unsere Privatsphäre! Da braucht es niemanden, der den Fleischkonsum regelt. Zu diesen Dingen kann man aufklären, was gesund ist, aber schlussendlich liegen sie in der Freiheit des Einzelnen.

Der Staat ist übergriffig geworden, und das muss sich wieder verändern.

Ralf M. Ruthardt | Ich habe eine Hypothese, und mich interessiert dazu Ihr Kommentar. Meine Hypothese: Dort, wo zu viele Menschen mit einem geringen Bildungs- und Berufserfahrungshintergrund in Parlamenten sitzen oder gar Regierungsämter begleiten, verrennen sich diese Akteure in Nebensächlichkeiten, weil diese scheinbar einfach zu regeln sind.

Damit sind diese Leute dann beschäftigt und können von sich reden machen. Den eigentlichen und großen Herausforderungen gehen sie aus dem Weg oder holen sich Rat von außen, den sie selbst überhaupt nicht werten können. Sie machen somit unsinnige oder nebensächliche Dinge oder sind – bei den komplexen Themen – von Dritten abhängig, die womöglich eine eigene Agenda verfolgen.

Thomas L. Kemmerich | Da gehe ich mit Ihnen einig. Und natürlich haben wir das Problem. Solche Leute lassen natürlich auch keinen zu, der fachlich oder methodisch besser ist als sie selbst. Nur Menschen, die wirklich souverän im Thema stehen, holen sich auch Leute an Bord, die sie herausfordern und die helfen, eine Sache besser zu machen. Wie wäre es, wenn ein Minister über eine Vorqualifikation im jeweiligen Amt haben sollte oder wenigstens sein parlamentarischer Staatssekretär über eine solche verfügt?

Ich erinnere nur an die ewigen Diskussionen mit den sogenannten Wirtschaftsweisen. Spätestens nach der Regierungszeit von Gerhard Schröder stehen die fünf Wirtschaftsweisen permanent im Widerspruch zu den finanz- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen der jeweiligen Bundesregierung. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Die fünf Institute mit großem finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Sachverstand mahnen die Regierung – und die politisch Verantwortlichen flüchten sich in Ausreden und ignorieren die Hinweise. Das Ergebnis sehen wir: Aktuell sind wir im dritten Jahr einer Rezession, und Deutschland ist Schlusslicht in allen relevanten Vergleichsstatistiken.

Ralf M. Ruthardt | In unserer parlamentarischen Demokratie haben natürlich die Parteien einen besonderen Einfluss auf die politische Willensbildung. Und sie stellen natürlich die personellen Ressourcen, die nachher in der Regel in Amt und Würden kommen.

Was machen die Liberalen, um mehr Sachverstand in die Parlamente zu kriegen?

Klar, man könnte jetzt ironischerweise anmerken, dass die FDP im aktuellen Bundestag nicht mehr vertreten ist; aber das kann ja etwas Temporäres sein.

Thomas L. Kemmerich | Das ist natürlich eine technische Frage. Wenn wir uns über die Inhalte klar sind, kann man zum Beispiel die Listen öffnen. Wir sind quasi in einer Listendemokratie. Das führt dazu, dass man manchmal nur bedingt geeignete Leute auf der Liste stehen hat.

Im Sinne eines intellektuellen Fortschritts einer Partei und dieser Gesellschaft ist die bisherige Handhabung nicht unbedingt dienlich. Warum also nicht sowohl die Kandidatenlis-

ten als auch durchaus Regierungskabinette tatsächlich für nicht parteigebundenen Sachverstand öffnen? Darüber kann man nachdenken, und andere Länder haben ja durchaus parteilose Experten in die Regierung geholt. Ich will in diesem Zusammenhang auf Robert Habeck zu sprechen kommen. Der hat das Wirtschaftsministerium übernommen, ohne dass er erkennbar dafür eine fachliche Kompetenz mitgebracht hat. Noch mehr, er hat gleichzeitig Freunde aus den NGOs als Abteilungsleiter in das Ministerium geholt. Es scheint, das eigene Netzwerk war wichtiger gewesen als der im Ministerium vorhandene Sachverstand. Das führte dann zu diesen wahnwitzigen Entscheidungen, die Deutschland wirtschaftlich maßgeblich da hingebraucht haben, wo wir heute stehen.

Das gab es früher so nicht. Da hat man zwar die politische Führung an der Spitze eines Ministeriums ausgetauscht, aber die Abteilungs- und Referatsleiter blieben und mit ihnen der Sachverstand – und das war sehr dienlich. Also ich glaube, man muss da neue Formen finden.

Ich glaube, es wäre auch eine große Motivation für Leute mit unternehmerischer Erfahrung zu sagen, ich beteilige mich am Wirken einer Regierung; in welcher Form auch immer. Aber richtig gute Leute, und das muss man ja auch mal ansprechen, sind finanziell ganz anders unterwegs als beispielsweise Abgeordnete im Deutschen Bundestag.

Ralf M. Ruthardt | Für mich stellt sich da die Frage, warum es klugen und erfahrenen Menschen am Ende maßgeblich ums Geld geht. Womöglich gibt es Leute, die eine finanzielle Zufriedenheit haben und mehr die Sache sehen als finanzielle Vorteile oder eitle Ehre.

Jetzt haben Sie ja eine ganze Liste von Themen angesprochen. Es geht um den Umbau

von Verwaltung, des Sozialstaats und der Dinge mehr. Wie sehr steht der Föderalismus dabei im Weg?

Thomas L. Kemmerich | Das ist immer eine bequeme Entschuldigung, wenn man nicht weiterkommt. Ich glaube aber, dass alle Ebenen dieses Staates – also Bund, Länder und die Kommunen – am Fortkommen des Landes interessiert sind.

Ich setze auf die Subsidiarität: Entscheidungen sollen dort getroffen werden, wo sie tatsächlich am ehesten wirken. Damit kommt es nicht zu diesem Kompetenzgerangel. Bisher werden zu oft durch die politischen Parteien Entscheidungen nur deshalb blockiert, weil man im Verhandlungsprozess für die eigene politische Idee etwas heraushandeln möchte. Am Ende handeln wir jedoch nicht das Beste für Deutschland heraus, wie man am Beispiel der Digitalisierung sehen kann. Wir merken an allen Ecken und Enden, dass es nicht funktioniert. Dann muss man – sehr vereinfacht gesagt – den Föderalismus dort aufheben, wo er keinen Sinn macht.

Nehmen wir eine Autozulassung. Die ist heute so organisiert, dass die Abwicklung der Zulassung eines Kraftfahrzeugs vom Bund auf die Länder und weiter auf die Kommune übertragen ist. Deshalb gibt es eine Kfz-Zulassung in Ihrer und meiner Stadt. Das ist in Anbetracht der digitalen Möglichkeiten – völliger Unsinn. Warum stellen wir nicht eine zentrale IT-Infrastruktur, also die Server, beispielsweise nach Flensburg? Es ist ja völlig unerheblich, wo die Dinger stehen. Sobald ein Kraftfahrzeug erstmals für den deutschen Markt relevant wird, weil hier produziert oder nach hier importiert, wird es einmalig angemeldet und bekommt eine Kennzeichnung. Der Rest geht dann online mit den entsprechenden Nachweisen. Damit kann jedes Auto in seiner Laufzeit in Deutschland umgemel-

det werden. Wenn es den deutschen Markt verlässt, wird es einmal abgemeldet. Mit dem skizzierten Vorgehen wird deutlich, welche beträchtlichen Möglichkeiten wir haben, um den Staat schlanker zu machen und zugleich den Servicegrad gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen.

Ralf M. Ruthardt | Wir haben in Deutschland 1994 das Postministerium aufgelöst – da sind dann Zehntausende von Beschäftigten mehr oder weniger bei vollem Lohn rausgenommen worden. Ohne jetzt auf die Details einzugehen, kann gesagt werden, dass wir heute eine respektable Deutsche Telekom AG und Deutsche Post AG (DHL) haben.

Wir bekommen also schon etwas wirtschaftlich Erfolgreiches hin, wenn wir denn den gesellschaftlichen und politischen Willen haben. – Ein Gedankensprung: Sie und die FDP!

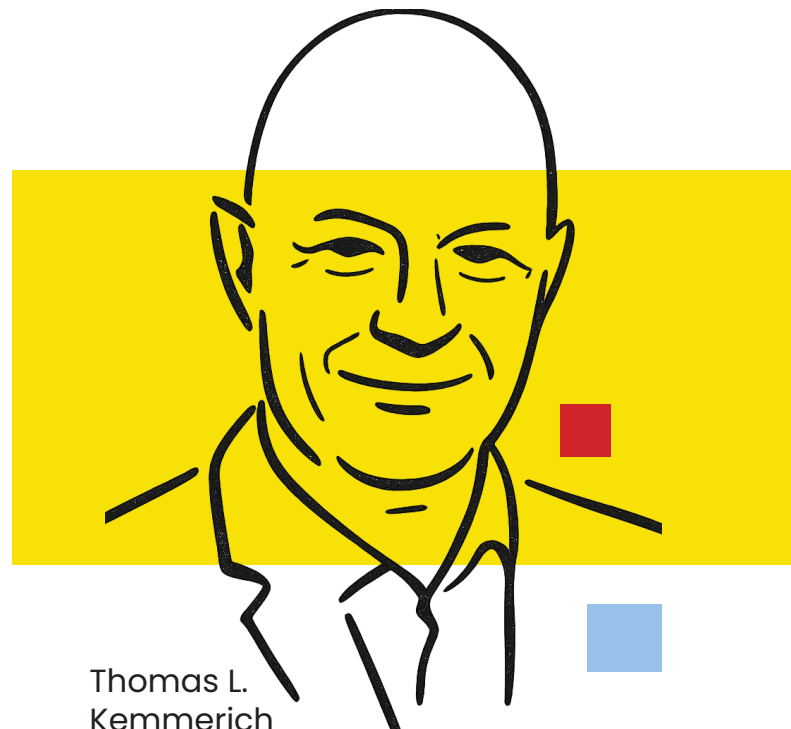
Thomas L. Kemmerich | Ich möchte in der FDP – ganz im Geiste von Genscher, Westewelle und so weiter – einen Beitrag leisten, damit wir uns erfolgreich auf eine konsequente liberale Neubesinnung fokussieren. Bei den inhaltlichen Diskussionen müssen wir den Menschen in Deutschland zeigen, dass wir deren Bedarf an einer wahrhaftig liberalen Kraft verstanden haben. Hier kann und soll die FDP ein politisches Angebot an die Menschen formulieren und es konsequent im politischen, medialen Diskurs vertreten.

Eine Rückbesinnung auf die liberalen Werte. Auf die Werte der Freiheit. Auf die Werte der sozialen Marktwirtschaft. Wir sind die Verteidiger der Freiheit, das andere sind linke oder rechte Sozialisten.

Ralf M. Ruthardt | Danke für das Gespräch.

Hinweis: Das Interview ist erstmals im Magazin **MITMENSCHENREDEN** in der Ausgabe 03/2025 vom Juli 2025 erschienen. Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung zur Zweitveröffentlichung.

<http://www.mitmenschenreden.de>



Thomas L.
Kemmerich

„Pluralismus ist
kein Luxus,
sondern Pflicht.“

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Dr. Wolfgang Herles

Die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) wird in Anbetracht der zu kritisierenden Auswüchse wenig diskutiert. Gleichwohl haben es die Verantwortlichen in den Sendeanstalten weitgehend in der Hand, Reformen selbstkritisch und damit glaubwürdig anzugehen und umzusetzen. Vor diesem Hintergrund einmal mehr ein Gespräch zum ÖRR – diesmal mit Wolfgang Herles. Der ehemalige ZDF-Journalist kritisiert den politischen Einfluss auf ARD und ZDF und warnt vor Moralisierung durch Journalisten.

Ralf M. Ruthardt | Es freut mich, dass ich an dieser Stelle mit einem langjährigen ZDF-Journalisten über die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten sprechen kann. Schön, lieber Dr. Wolfgang Herles, dass Sie sich die Zeit nehmen. Ich denke beim ZDF an die Zeiten von Ulrich Kienzle und Bodo Hauser, als diese das Format „Frontal“ moderierten. Es waren quasi zwei Gegenspieler, die mich mit Perspektivenwechseln konfrontierten und mich dadurch Kontexte leichter haben begreifen lassen.

Als den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wertschätzender Bürger denke ich mit Wehmut an meine Zeit als treuer Hörer des Deutschlandfunks zurück. Auf langen Geschäftsfahrten hat mich eine informative, hintergründige und differenzierte Berichterstattung begleitet.

Und heute stelle ich für mich ernüchtert fest, dass ich keine öffentlich-rechtlichen Medien mehr konsumiere. Es bereitet mir geradezu „Schmerz“, wenn ich die haltungseinschätzenden Beiträge höre – und darin permanent Vorwürfe finde und ausgesprochen wenig Zutrauen in meine intellektuellen Fähigkeiten und meine moralische Intaktheit erkenne.

Wolfgang Herles | Sie haben Hauser und Kienzle genannt. An die erinnert man sich, weil damals Ausgewogenheit üblich war. Ausgewogenheit ist das Gegenteil der Monotonie, die wir heute im ÖRR erleben. Ausgewogenheit hieß damals, dass es neben einem „rechten“ Magazin wie Report eben auch eher „linke“ Magazine wie Monitor

und Panorama gab. Wir haben uns damals alle wunderbar verstanden, weil wir wussten, dass wir uns gegenseitig brauchen.

Diskurs bedeutet Streit. Streit auf eine vernünftige Art. Nicht wie heute, wo alles einer Haltung unterworfen wird. Das hat sich geändert. Die Ausgewogenheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens ist ausgetauscht worden. Heute gibt es den langweiligen Mainstream-Journalismus. Alle machen mehr oder weniger das Gleiche. Alle haben mehr oder weniger die gleiche Meinung. Nun, das hat natürlich Gründe. Es liegt vor allem an der Moralisierung des politischen Diskurses. Wenn ich meinen Gegenüber ob seiner anderen Meinung moralisch diskriminiere, hilft das in der Sache nicht weiter. Meinungen werden schnell als falsch, als schlecht oder gar als böse geframt. Aber wo soll das hinführen, wenn die eine Meinung als alternativlos gilt. Wenn man so in einen Diskurs geht, hat man diesen schon beendet, ehe er überhaupt begonnen hat.

Ralf M. Ruthardt | Es gab eine Zeit, als in die Politik der Bundesrepublik Deutschland die Alternativlosigkeit Einzug gehalten hat. Angela Merkel hat als Bundeskanzlerin oftmals in diesem Sinn kommuniziert. Liegt dort der Anfang des heutigen Haltungsjournalismus? Fällt uns das politisch Alternativlose jetzt auf die Füße?

Wolfgang Herles | Das gab es schon vor Angela Merkels Zeit. Ich habe das ja selber erlebt und darüber jetzt auch gerade

in meinen *Erinnerungen eines Skeptikers* geschrieben. Ich bin damals aus meiner Funktion als Hauptstadtstudioleiter in Bonn richtig rausgemobbt worden. Grund war, dass ich Helmut Kohls Art und Weise der sogenannten Wiedervereinigung kritisierte.

Ralf M. Ruthardt | Um welche Kritik ging es Ihnen damals konkret?

Wolfgang Herles | Die deutsche Wiedervereinigung war mehr ein Anschluss als ein Beitritt der DDR. Kohl hatte diese instrumentalisiert, um seine innenpolitische Macht zu verteidigen und zu stärken. Er ist ja dann auch weitere acht Jahre Bundeskanzler geblieben. Warum ich damals rausgeschmissen wurde, ist bezeichnend. Es war genauso wie später in Sachen Corona, beim Klimawandel oder in der Migrationsdebatte: Gegenargumente waren unerwünscht.

Damals galt die Wiedervereinigung als etwas „Heiliges“. Wir durften bei der Währungsunion den Umtauschkurs vom „Blechgeld“ Ost in die starke D-Mark West nicht diskutieren. Wer das infrage stellte, war kein Patriot! Damals galt ich als Linker. Heute werde ich als Rechter betrachtet. Ob damals die ökonomische Umsetzung der Wiedervereinigung oder später meine Argumente gegen einen Ausstieg aus der Kernenergie – sobald es gegen den sogenannten Mainstream, also das politisch Angesagte, geht, wird es für einen Journalisten im ÖRR schwierig.

Ralf M. Ruthardt | Haben Sie uns ein weiteres Beispiel, bei welchem ein Hinterfragen für einen Journalisten heutzutage zum Problem werden kann?

Wolfgang Herles | Ich war schon immer der Ansicht, dass zur Einwanderung auch die Integration gehört. Wenn man diese nicht

leisten kann, muss man auch die Quantität reduzieren.

Oder nehmen Sie die Corona-Pandemie: Da durfte man aus moralischen Gründen keine Kritik am Vorgehen der Politik üben, während alte Leute in den Altersheimen ohne die Begleitung ihrer Angehörigen gestorben sind und Kinder nicht mehr zur Schule gehen konnten. Was für eine Perversion von Moral!

Während der Pandemie, bei der Energiewende – es wurde und wird sofort alles moralisiert. Das kenne ich aus der Zeit von 1989. Da war plötzlich alles unmoralisch, was den Prozess der Wiedervereinigung kritisch hinterfragt hat. Damals hatte ich gewarnt, den neuen Bundesländern das westliche Denken einfach überzustülpen. Und heute sehen wir das Ergebnis: Die Menschen in Ostdeutschland ticken anders. In Ostdeutschland ist Gregor Gysi der beliebteste Politiker, ein Repräsentant der DDR-Diktatur. Und die AfD ist die stärkste Partei. Auch das sehe ich als ein Resultat des Beitritts. Er ist moralisiert worden und einem differenzierten, vernünftigen Diskurs entzogen.

Ralf M. Ruthardt | Ich habe eine Hypothese, zu welcher mich Ihre Meinung interessiert. – Dort, wo eine „Heilsbotschaft“ im Mittelpunkt steht und dort, wo Akteure diese Heilsbotschaft unter die Menschen bringen, obwohl sie dem zugrunde liegenden Problem intellektuell, also auf eine rationale, vernünftige Weise, nicht gewachsen sind – dort geschieht es, dass Narrative mit einem starken Framing versetzt werden, weil die Akteure sich sonst anders nicht durchzusetzen wissen.

Wolfgang Herles | Das haben Sie sehr schön ausgedrückt, und ich kann es nicht anders sagen. Ich kann es nur polemisch zuspitzen: Manche Leute versuchen, aus ihrem Anliegen eine Religion oder eine Ideologie

zu machen. Sie sehen etwas Höheres als gegensätzliche Interessen. Deshalb unterdrücken sie bestimmte Debatten und halten sie für unzulässig.

Ralf M. Ruthardt | Mit vereinfachten und intellektuell oftmals keinesfalls haltbaren Narrativen versucht man, möglichst viele Menschen zu erreichen – und wer widerspricht, fällt einem Framing zum Opfer ...

Wolfgang Herles | ... genau darin liegt heute das Kernproblem der Demokratie.

Ralf M. Ruthardt | Dann wenden wir uns bitte einer zweiten Hypothese zu: Diese lautet, dass die erste Hypothese – also die eigenen Narrative unter die Menschen zu bringen und Gegner mit einem Framing unmöglich zu machen – so lange funktioniert, bis die Lebenswirklichkeit den allgemeinen wahlberechtigten Bürger so weit eingeholt hat, dass seine Nachsichtigkeit und seine Bequemlichkeit es nicht mehr aushalten.

Wolfgang Herles | Ja, der Mensch neigt dazu, sich der Obrigkeit zu unterwerfen, will aber keine Verantwortung übernehmen.

Man kann das anhand der „Bonner Republik“ und der „Berliner Republik“ veranschaulichen. In der „Bonner Republik“ musste Bundeskanzler Konrad Adenauer gewaltige Probleme lösen. Das Land war zerstört. In dieser Situation musste Adenauer gegen massive Widerstände in der eigenen Partei die Marktwirtschaft und die Westbindung durchsetzen.

Es war das Gegenteil von Populismus, sonst wäre es nicht geschehen. Eine vom Krieg klüger gewordene Generation wollte das Land auf den richtigen Weg bringen.

Die „Berliner Republik“ verkonsumiert die Errungenschaften der „Bonner Republik“. Niemand kann die „Bonner Republik“

zurückholen, das ist nicht das Thema. Aber wir müssen weg von der Gefallsucht. Viele Politikerinnen und Politiker, die heute in den Parlamenten sitzen, bringen weder Bildung noch Berufs- und Lebenserfahrungen mit. Sie sind allein daran interessiert, sich abzusichern. Die Berufspolitik ist eines der Grundübel unserer Zeit.

Ralf M. Ruthardt | Hat das mit uns gemeinen Bürgerinnen und Bürgern auch etwas zu tun? Ein Großteil engagiert sich eben nicht in politischen Parteien. Damit leisten die meisten von uns keinen Beitrag dazu, dass vor allem kluge, erfahrene und integre Köpfe in die Parlamente kommen.

Vielmehr hat man den Eindruck, dass eine sehr kleine Schar von Parteimitgliedern aus der noch kleineren Anzahl an Kandidaten ihrer Partei auswählt. Vielleicht fehlt uns hier die Durchgängigkeit: Fähige Menschen gehen eine Zeitlang in die Politik; nicht wegen des Geldes, sondern weil sie bereit sind, sich in den Dienst des Gemeinwesens zu stellen.

Wolfgang Herles | Ein erfolgreicher Mensch, der sich in seinem Beruf oder als Unternehmer bewiesen hat, stößt auf eine Mauer, die von Berufsfunktionären aufgerichtet wurde. Es ist die furchtbar langweilige und langwierige Routine in den Parteien: Tausendmal anderen nach dem Mund reden zu müssen, weil man deren Zustimmung benötigt, ist ein zu hoher Preis. Ich glaube nicht, dass Menschen, die beispielsweise als Unternehmer erfolgreich sind und Politik mit einem Ideal verbinden, diese destruktiven Prozesse in einer politischen Partei lange aushalten.

Parteien sind quasi geschlossene Gesellschaften, die sich die Politik unter den Nagel gerissen haben. Politik funktioniert nach ihren Spielregeln – und genau das macht die Demokratie so schwierig. Es hält viele fähige Köpfe davon ab, in die Politik zu gehen.

Ralf M. Ruthardt | Damit ist gesagt, dass wir als Bürgerinnen und Bürger nur sehr eingeschränkt einen Beitrag dazu leisten können, dass unsere Demokratie mit einer neuen konstruktiven Dynamik eine Renaissance erlebt, weil an den Schaltstellen in den Parteien und damit in den Parlamenten gar kein Interesse besteht, etwas zum Besseren zu wenden. Dort finden sich zu viele Akteure, die am eigenen Interesse mehr interessiert sind als an dem des Gemeinwesens. Man könnte von Homo Oeconomicus sprechen. Diese besagten Akteure handeln so lange weiter, bis die sie tragenden Strukturen unter wirtschaftlichem oder konfliktbedingtem Druck zusammenbrechen. – Das wäre meine Ableitung aus dem Gesagten.

Wolfgang Herles | Klar, die Parteien sagen den Leuten, dass sie mitgestalten und sich einbringen sollen. Aber das ist Quatsch. Es hilft nur Widerborstigkeit, etwa „Dienst nach Vorschrift“. Wir Bürgerinnen und Bürger sollten nicht alle Regeln und nicht alle Zumutungen befolgen, die befohlen werden. Wir sortieren unseren Müll so, wie wir es für vernünftig halten. Wenn ich weiß, dass mein getrennter Müll am Ende doch zusammengeworfen wird und in der Müllverbrennung landet, dann ist das Trennen unsinnig, um nur ein Beispiel zu nennen.

Ralf M. Ruthardt | Ich habe es so verstanden, dass Sie nicht gegen die Mülltrennung argumentieren, sondern es Ihnen um Sinnvolles versus eine Gängelung der Menschen geht.

Wolfgang Herles | Ich gebe gerne zu, dass diese links-grüne Welt, dieser Wokismus, einem jeden Tag auf den Keks geht. Ich will als Bürger meinen eigenen Verstand gebrauchen dürfen ...

Ralf M. Ruthardt | ... also die Fähigkeit zu verstehen, Perspektiven zu wechseln, nachzudenken, Schlüsse zu ziehen ...

Wolfgang Herles | ... und das heißt, es nicht anderen zu überlassen, für uns zu denken. Es gibt zu viele Menschen, die glauben, sie könnten bei den Wahlen ihre Stimme abgeben und dann würden andere für sie denken – so funktioniert das nicht.

Ralf M. Ruthardt | Das, was Sie gerade beschreiben, Herr Herles, hätte womöglich auch jemand beschreiben können, der beispielsweise in der ehemaligen DDR lebte. Der Obrigkeit widerstehen und basierend auf Vernunft um seine individuelle Freiheit ringen. Nicht um einem anderen oder dem Gemeinwesen zu schaden, sondern um als Mensch in der Gemeinschaft den anderen Menschen selbstbestimmt seinen Weg durchs Leben zu gehen.

Wolfgang Herles | Es ist die klassische Definition. Aufklärung bedeutet, dass man sich seines Verstandes, ohne Anleitung eines anderen, bedient. Das sollte eigentlich in jedem Wohnzimmer eingerahmt über dem Sofa hängen. (lacht)

Ralf M. Ruthardt | Als Bürgerinnen und Bürger haben wir unsere Aufgaben, die sich aus unseren Menschen- und Bürgerpflichten ergeben. Nun, vielleicht kümmert uns der nächste Urlaub manches Mal mehr (lacht) oder wir sind in den Herausforderungen unseres Alltags so sehr eingebunden, dass kaum noch die sprichwörtliche Luft zum Atmen bleibt.

Lassen Sie uns zurück zum Ausgangspunkt gehen: Was kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk – eine Errungenschaft aus der Nachkriegszeit – morgen und übermorgen dazu beitragen, damit Politik wieder mehr hinterfragt und wieder differenzierter berichtet wird?

Was braucht es, damit der ÖRR sich wie-

der neu justiert? – Und bitte lassen wir das Thema Gebühren an dieser Stelle außen vor.

Wolfgang Herles | Die Medien sind ja auch ein Spiegel der Missstände in der Gesellschaft – also auch ein Spiegel der Politik. Das betrifft den ÖRR besonders, weil er besonders von der Politik abhängt. Der Weg kann nur Pluralismus sein. Nun hört man häufig, dass es ja die alternativen Medien gäbe. Das sei ja Pluralismus und alle könnten sich aus jeder Richtung informieren. Die „Alternativen“ sind jedoch meist Blasen. Sie kommunizieren überwiegend nach innen, also nur mit sich selbst.

Ich kann aber als Bürger nur gut informiert sein, wenn ich mir ein umfassendes Bild mache und es selbst beurteile.

Ralf M. Ruthardt | Es braucht somit eine Berichterstattung, die den Perspektivenwechsel würdigt.

Wolfgang Herles | Genau. Und ich kann als Bürger nicht alles nur von anderen beurteilen lassen. Deshalb brauchen wir nach wie vor öffentlich-rechtliche Medien, also große Qualitätsmedien, wo ich mich darauf verlassen können muss, dass die Informationen

solide sind. Wir brauchen nicht Medien, die sagen, was richtig und was falsch ist, die einem beibringen wollen, was zu tun ist und was nicht.

Es braucht Pluralismus; will heißen: Die Medien sind eine Bühne für den allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs. Dieser Diskurs muss mit aller Schärfe, aber auch mit aller Gelassenheit von fähigen Leuten ausgetragen werden. Für diese Bühne sind nun mal die Medien zuständig – vornehmlich der ÖRR.

Ralf M. Ruthardt | Das nehmen wir als Schlussgedanken: Die öffentlich-rechtlichen Sender sind von Bedeutung für einen pluralistischen Diskurs und zu dieser Aufgabe dürfen und sollen sie wieder zurückkehren.

Hinweis: Das Interview ist erstmals im Magazin **MITMENSCHENREDEN** in der Ausgabe 03/2025 vom Juli 2025 erschienen. Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung zur Zweitveröffentlichung.



Dr. Wolfgang Herles



GEDANKEN **SPRUNG**

Kolumne

„Geworfenheit“ – ist ein zentraler Begriff in Martin Heideggers Hauptwerk „Sein und Zeit“ (1927). Er beschreibt damit eine grundlegende Struktur unseres Daseins, also unseres menschlichen Seins.

Es klingt wie „hineingeworfen“ – und genauso fühlt sich das Leben so manches Mal an. Wir haben uns unser Leben nicht ausgesucht. Wir werden einfach „in die Welt geworfen“: Weder wählen wir unsere Eltern, noch unsere Sprache oder unser Land, geschweige denn unser historisches Zeitalter oder die sozialen Verhältnisse, in die wir hineingeboren werden.

Wir „finden“ uns immer schon vor. Heidegger nennt das die „Faktizität“: Wir existieren nicht wie ein unbeschriebenes Blatt, sondern sind von Anfang an in ein Netz aus Bedingungen und Umständen eingebunden.

Die Geworfenheit ist unentrinnbar. Selbst wenn wir später Entscheidungen treffen, können wir nicht aus dieser Grundsituation heraus. Wir können unsere Herkunft reflektieren oder uns gegen sie stellen, aber wir bleiben „geworfen“.

Geworfenheit und Freiheit gehören zusammen. Obwohl wir hineingeworfen sind, müssen wir dennoch ständig wählen, wie wir mit unserer

Situation umgehen – das ist der andere Pol: die „Entwurfsstruktur“ unseres Daseins. Das Leben ist also immer ein Spannungsfeld aus Gegebenem (Geworfenheit) und Gestaltbarem (Entwurf).

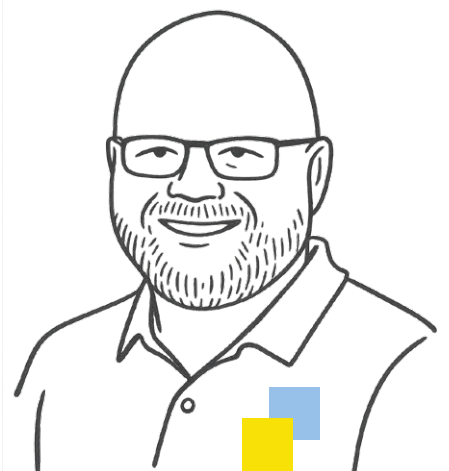
Ich mache einen Gedankensprung und bin bei mir selbst. – Gott oder naturgegeben bin ich biochemisch und neuronal ein gegebenes Etwas. Durch mein soziales Umfeld wurde ich zudem vom Beginn meiner Existenz an geformt – wobei mir im Rückblick wo möglich diese Formgebung gar nicht ins zwischenzeitliche Lebenskonzept passt. Irgendwann, ja irgendwann hat es begonnen: Der eigene Einfluss auf mein Sein.

Und heute: Wie vergeblich ist meine bequeme und für andere so manches Mal unerträgliche Mühe, aus mir das zu machen, was ich oder andere glauben, dass ich sein sollte.

Zwar ist es seit meinem Beginn so, wie es ist. Nur, heute weiß *ich* es:

Ich bin hineingeworfen ins Leben – und kein Gott und keine Menschenseele haben mich gefragt – ob ich das will.

Ralf M. Ruthardt





PERSPEKTIVEN *WECHSEL*



Foto: (C) Jona Ruthardt

www.hayek.de